

Arbeiter-Zeitung

für Schlesien

Organ der KPD, Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Kreuzberger Straße 50, Fernsprecher 439 02. Postfachkonto: Breslau Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Kreuzberger Straße 50 (Vorhaus). Fernsprecher 439 02. Sprechzeit der Redaktion: Montag bis Freitag von 17—18 Uhr. — Geschäftsstand: Breslau. — Verleger: Schlesiens Verlags-Gesellschaft m. b. H., Breslau 10, Kreuzberger Straße 50. Fernsprecher 439 02.

Da wirst belogen
von der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse
Die nackte Wahrheit erfährst du
in der „Arbeiter-Zeitung“

ersch. 2 Mal wöchentlich. Preis monatlich 2,15. Die Beilage „Der Rote Stern“ kostet 1,25. Die Beilage „Der Rote Stern“ kostet 1,25. Die Beilage „Der Rote Stern“ kostet 1,25.

17. Bezirksparteitag im Zeichen des proletarischen Internationalismus!

Vorwärts, Kommunisten!

Gegen jede kapitalistische Regierung, für die Arbeiter- und Bauernrepublik

Breslau, 5. Dezember. Der Sonnabend und Sonntag stattgefundene 17. Parteitag der KPD. Schlesiens, auf dem 249 Delegierte, darunter 53 Betriebsarbeiter, 169 Erwerbslose, 1 Landarbeiter, davon 2 Betriebsarbeiterinnen und 22 erwerbslose Frauen und eine große Anzahl Gäste anwesend waren, fand im Zeichen der Kampfanlage gegen jede Regierung des kapitalistischen Regimes, für eine Arbeiter- und Bauernrepublik, fand im Zeichen des proletarischen Internationalismus, gegen Chauvinismus und Kriegsgefahr, für die Verteidigung der Sowjet-Union. Der Parteitag bekräftigte seine internationale Verbundenheit mit dem polnischen Proletariat durch die Annahme des roten Freiheitsrufes „Zerschlagt die Grenzen, schließt die Kampffronten für die nationale und soziale Befreiung des deutschen und polnischen Volkes vom imperialistischen Joch!“

Der 17. Bezirksparteitag wurde vom Genossen Brodke unter Leitung der Entwicklung der schlesischen Parteioorganisation seit ihrer Gründung, die im Dezember 1918 erfolgte und mit einer würdigen Ehrung der Toten, die in den letzten Jahren durch den faschistischen Terror ihr Leben für die Sache zur Befreiung des Proletariats gelassen haben, eröffnet. Der Parteitag gedachte all herer, die hinter Zuchthaus- und Gefängnismauern auf den Tag ihrer Befreiung warten. Die Festungsgesangenen von Groß-Strehlitz haben in einem Schreiben die stärkste Verbundenheit mit der Partei bekundet. Unter brausendem Jubel wurden in das Ehrenpräsidium die Genossen Stalin, Thälmann, der zu Tode verurteilte Genosse Baril und der zu einer längeren Zuchthausstrafe verurteilte Genosse Carlowski, Breslau, der amwesende 90 Jahre alte Genosse Wolf aus Breslau und das Zentralkomitee der polnischen, tschechischen und chinesischen Arbeiterpartei gewählt. Der Genosse Wolf ist Mitbegründer der Sozialdemokratischen Partei in Breslau und ist 1927 aus der Hindenburg-KPD wegen Oppositionsarbeit ausgeschlossen worden.

In das geschäftsführende Präsidium wurde der rote Betriebsrat der Straßenbahn, Breslau, der Genosse Gühr und weitere Betriebsarbeiter und Frauen gewählt. Das Präsidium wählte den Genossen Karl Beder zu seinem Vorsitzenden.

Uniformierte Straßenbahner-Delegation begrüßt Parteitag

Brausender Beifall brach los, als die Delegation uniformierter Straßenbahner in den Saal einmarschierte und ein Kollege den Bezirksparteitag begrüßte. Während der Tagung des Bezirksparteitages sind vier parteilose Straßenbahner der Delegation, drei davon sind freigezwangsweise organisiert, in die kommunistische Partei eingetreten. Diese neuen Kämpfer der Partei der sozialen Revolution wurden von den Delegierten mit einem dreifachen „Rot Front“ begrüßt. Genosse Kleinert überbrachte im Auftrage der Breslauer Parteioorganisation revolutionäre Kampfesgrüße. Ein aus dem Kreise Bunzlau anwesender Reichsbannerkamerad begrüßte nicht nur den Bezirksparteitag, sondern erklärte seinen Uebertritt in die Partei Lenin.

Der Einmarsch einer Gruppe des roten Massenelbstschutzes von Breslau und die Beantragung von 47 KPD-Kameraden auf Eintritt in die kommunistische Partei, wurde gleichfalls kühnlich begrüßt. Weiter erfolgte eine Begrüßung durch die Jungpioniere und die Frauengruppe der KPD.

Unter den zahlreich eingegangenen Telegrammen und Begrüßungsschreiben sind zu erwähnen das Begrüßungsschreiben des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Ortsgruppe Freiburg, des Einheitsverbandes der Seeleute, Hafenarbeiter und Binnenschiffer, Ortsgruppe Neusalz a. Ober, der Bezirke Oberschlesien, Sachsen, Berlin-Brandenburg, des Bezirksparteitages Wasserkante und der Breslauer Metallarbeiter.

Von den Delegierten und Gästen begeistert begrüßt, nahm dann der Bezirksleiter der KPD. Schlesiens, der Genosse Sandner das Wort zu seinem politischen Referat, wo die Beschlüsse des 12. Plenums und der dritten Reichsparteikonferenz und unsere Aufgaben in Schlesien behandelt wurden. Das Referat und die auf dem Bezirksparteitag gefassten Beschlüsse sind wegweisend für die bolschewistische Arbeit der letzten und kleinsten Organisationseinheit. Unter dem Beifall des Parteitages schloß Genosse Sandner seine Rede:

„Wir sind dafür, daß die Geldgräber der Kapitalisten leer werden und die leeren Wagen der Proleten gefüllt werden. Kapen hat die Ausrottung des Kommunismus angekündigt und ist bei dieser Ausrottung über die 6 Millionen kommunistischer Stimmen gestolpert. Schlechter hat die Aufgabe, diesen Kurs gegen die kommunistische Bewegung in verschärfster Form durchzuführen. Wir sind aber in Deutschland soweit, daß es der herrschenden Klasse nicht gelingen wird, den Kommunismus auszurotten. Die letzten Monate haben bewiesen, daß auch das

deutsche Proletariat erkannt hat, wo der Feind der Arbeiterklasse steht. Wir Kommunisten müssen in dieser ersten, aber für uns günstigen Situation, mit verkürztem Opfermut und revolutionärem Glan an die Durchführung der gefassten Beschlüsse herangehen; schaffen wir die Voraussetzungen durch die Auflösung von Teilstreiks bis zum politischen Massenstreik, für den Kampf um die politische Macht in Deutschland.“

Bolschewistische Geschlossenheit hinter dem ZK. unter der Führung des Gen. Thälmann

Der Vertreter des Zentralkomitees und Führer des Ruhrproletariats, Genosse Epik, überbrachte unter dem brausenden Jubel des Parteitages die heißesten Kampfesgrüße des Zentralkomitees und unterkräft die Bedeutung des schlesischen Bezirksparteitages, der im Zeichen des proletarischen Internationalismus tagte. Der langanhaltende Beifallskurm des Parteitages auf die Begrüßung des ZK-Vertreters war der Ausdruck des Vertrauens der schlesischen Parteioorganisation zu ihrem bolschewistischen Zentralkomitee unter der Führung des Genossen Thälmann.

Unter größter Aufmerksamkeit des Parteitages berichteten die Delegierten aus den Betrieben, Stempelstellen, aus dem Dorfe über ihre Erfahrungen des Massenkampfes gegen die faschistische Gungerr-

diktatur. Die Diskussion wurde bei bolschewistischer Selbstkritik geführt und war ein Zeichen der wachsenden Bolschewisierung der schlesischen Parteioorganisation. Der Delegierte der Straßenbahn und andere Genossen nahmen Stellung gegen das parteischädigende Verhalten der Neumann-Gruppe. Der Genosse der Betriebszelle der Straßenbahn brachte die Auffassung der Zelle zum Ausdruck und die ist, daß Genosse Neumann auf Grund seiner zum Teil verbrecherischen Sabotage in der Durchführung der Beschlüsse des Februar-Plenums nicht mehr Mitglied des Zentralkomitees der kommunistischen Partei Deutschlands sein könne. Diese Auffassung wurde von weiteren Delegierten unter Zustimmung des Parteitages zum Ausdruck gebracht.

Nach einstimmiger Annahme der Entschlüsse und Wahl der Bezirksleitung wurde der Parteitag mit dem Gesang der „Internationalen“ geschlossen. (Wir bringen morgen und übermorgen ausführliche Berichte über die Referate und den Verlauf des Parteitages.)

Der 17. Bezirksparteitag der KPD. Schlesiens fand im Zeichen des revolutionären Aufschwungs und der wachsenden Bolschewisierung der schlesischen Parteioorganisation. In bolschewistischer Geschlossenheit hat der Parteitag durch die einstimmige Annahme der politischen Resolution, in der die Beschlüsse des 12. Plenums und der dritten Reichsparteikonferenz begrüßt werden, zum Ausdruck gebracht, daß diese Tagung ein Markstein in dem Befreiungskampfe zum Sturz der kapitalistischen Herrschaft, für die Arbeiter- und Bauernmacht ist. In diesem Sinne: Vorwärts, Kommunisten!

Begrüßungsschreiben DVV. Freiburg

An den Bezirksparteitag der KPD. Schlesiens in Breslau

Zahlsstelle DVV. Freiburg sendet Bezirksparteitag beste revolutionäre Kampfesgrüße.

Sie erwartet Beschlüsse im Sinne des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse und gelobt mitzukämpfen in roter Einheitsfront, unter Führung des Gen. Thälmann bis zum Siege des Sozialismus. Gegen National- und Sozialfaschismus, für ein sozialistisches Deutschland.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Freiburg i. Schf.

Arbeiterkraft, für die Befreiung der politischen Gefangenen, für Arbeit und Brot, für ein freies, sozialistisches Sowjetdeutschland.

Es zeichnen mit revolutionärem Geist Einheitsverband der Seeleute, Hafenarbeiter und Binnenschiffer, Ortsgruppe Neusalz (Ober).

Kommunistische Partei, Ortsgruppe Neusalz (Ober). Neue Hilfe Deutschlands, Ortsgruppe Neusalz (Ober).

Internationale Arbeiterhilfe, Ortsgruppe Neusalz (Ober).

Telegramm aus Hamburg

Delegierter Bezirksparteitag Wasserkante senden von bedeutsamer Kampfberatung unter hervorragender Anteilnahme Ernst Thälmanns Eurem Bezirksparteitag heiße revolutionäre Grüße. Mit Euch brüderlich verbunden in Vorbereitung Massenkampf und Massenstreik zum Sturz Generaldiktatur, für Räte-Deutschland. Rot Front. Bezirksparteitag Wasserkante.

Nürnberger Parteitag von der Polizei aufgelöst

Nürnberg, 5. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Mit dem Karabiner in der Hand sprengte am Sonntag morgen die Polizei in Stärke von über hundert Mann den Parteitag für Nord-Bayern und Nürnberg, nachdem dieser am Sonnabend abend einen glänzenden Verlauf genommen hatte. Der Parteitag wurde aufgelöst unter Berufung des Nürnberger Polizei-Präsidiums auf die Beschlüsse des 12. Plenums der kommunistischen Internationale, von denen

das Polizei-Präsidium erklärte, sie hätten für die deutsche kommunistische Partei die Organisierung des bewaffneten Aufstandes als Ziel gesetzt.

Dieses ungeheure Vorgehen der Polizei ist ein Warnsignal für die gesamte Arbeiterchaft und kennzeichnet die faschistische Politik der Generaldiktatur Schleichers.

Betriebsarbeiter, insbesondere gewerkschaftlich Organisierte!

Hinein in die Partei!

Die Unternehmer zittern vor der ansteigenden Streikwelle, aber ein erfolgreicher Kampf ist nicht möglich ohne starke Organisation:

durch Schaffung politisch aktiver Betriebszellen, durch Gründung von KGO-Gruppen im Betrieb, durch Bildung von Oppositionsgruppen der freigewerkschaftlichen und christlichen Organisationen in den Betrieben.

Darum stärkt unsere organisatorische Grundlagen im Betrieb!

Zerreißt die Grenzen — schließt die Fronten!

Nieder mit Versailles — Nieder mit den imperialistischen Kriegstreibern!

Die Delegierten der gestern stattgefundenen Bezirkspartitage der KPD, Schlesien und Oberschlesien haben den nachstehenden roten Freiheitsappell „Zerreißt die Grenzen — schließt die Fronten!“ mit Begeisterung angenommen und das Gelobnis abgegeben, alles für seine Durchführung zu tun.

Hunger in Deutschland und Polen — faschistische Diktatur in Deutschland und Polen — nationalsozialistische Verhöhnung, Verhöhnung der chaotischsten Verhältnisse, unmittelbare Vorbereitung neuer Kriege und systematische Verbreitung kriegerischer Verleumdungen gegen die Sowjet-Union — das ist die Lage 15 Jahre nach Ende des Krieges, 11 Jahre nach dem Plebiszit in Oberschlesien.

Vereinigt euch zum brüderlichen, internationalen Kampf!

Gegen den kriesscheiterischen polnischen und deutschen Nationalismus!

Gegen die nationale Unterdrückung der deutschen werktätigen Bevölkerung Ost- und Oberschlesiens durch den polnischen Imperialismus!

Gegen den Versailler Raubvertrag, für das volle Selbstbestimmungsrecht Oberschlesiens

Hier und jenseits der Grenze erleben die Massen der Arbeiter, der Angestellten und Bauern den Niedergang des kapitalistischen Systems, lauern sie am eigenen Leibe die Unfähigkeit der Bourgeoisie Deutschlands und Polens, Brot für die Hungernden, Arbeit für die Arbeitslosen, Freiheit für die werktätige Volk und Frieden für die werktätige Menschheit zu sichern.

Hier und jenseits der Grenze erheben wir Kommunisten unsere roten Fahnen, auf denen die Lösung steht:

Arbeiter Deutschlands und Polens, Ost- und Westerschlesiens und Schlesiens vereint euch im Kampfe gegen Hunger, Faschismus und Krieg!

Hier und jenseits der Grenze steht vor der Arbeiterklasse die Aufgabe, in massiven Demonstrationen das ganze werktätige Volk im Kampf um Brot, Arbeit, Frieden und Sozialismus zu führen!

Oberschlesische und schlesische Klassengenossen!

Vor 11 Jahren wurde in Oberschlesien das Plebiszit durchgeführt. Unter dem Druck der französischen Machtmächte und der anderen imperialistischen Verhängnisse aufteilten die Deutschen und polnischen nationalistischen Organisationen alle chaotischen Zustände und verbrachten goldene Zeige!

Heute fragen die polnischen Arbeiter und Bauern: Wo ist das Häuschen und die Kuh und die Freiheit und die Freiheit, die Korjanin versprach. Heute fragen die ober-schlesischen Bergarbeiter, Angestellte und Bauern: Wo ist Arbeit, ausreichender Lohn, das Eigentum, der Wohlstand und das Glück, das ihnen die deutschen Imperialisten zusicherten?

Die kapitalistischen Verprechungen haben sich als Lüge erwiesen. Die Bourgeoisie prahlt und bringt ihre Vermögen in Sicherheit — das Volk verhungert bei vollen Scheunen, erfriert,

Vereinigt euch im Kampf um das Selbstbestimmungsrecht

des ober-schlesischen Volkes gegen jede nationale und soziale Unterdrückung der deutschen, wie der polnischen Werktätigen in Oberschlesien.

Vereinigt euch im Kampf um höhere Löhne und Arbeitslosenunterstützung, im Kampf gegen den faschistischen Terror und seine Wortbanden. Wir eure politischen Rechte im Kampf gegen die imperialistischen Kriegshetze, für die aktive Verteidigung der Sowjet-Union.

Wir appellieren insbesondere an die sozialdemokratischen und Zentrums-Arbeiter

mit uns gemeinsam den Kampf aufzunehmen gegen den blutigen Diktatorismus, dessen Nährer sich bei den Beratungen mit von Hindenburg verpflichtet hat, die Papen-Notverordnung durchzuführen, den Unruhmordanschlag am das ganze hunderte Volk mit seinen Informationen nach Berlin zu verschicken. Der durch seine Anführer in England, Frankreich, Amerika und Italien keine Erklärungspolitik und keine Bereitschaft zur Sicherung und zur Bekämpfung der Ziele des Versailler Raubvertrages erklären ließ. Der Ehrengarden zu der Arbeiter Führerschaft schickte und eine Verhängnisvollheit zur Siegfeier des italienischen Faschismus über die unterdrückte deutsche Bevölkerung in Süditalien erlaubte.

Wir appellieren an die Arbeiter, die heute noch verführt den Verführern der Naziführer glauben:

Ihr könnt nicht für die soziale und nationale Befreiung des deutschen werktätigen Volkes unter den Fahnen der völkerverräterischen Hitlerpartei kämpfen. Vom Joch des deutschen und internationalen Finanzkapitals können sich die Werktätigen nur unter dem Banner des Kommunismus in brüderlicher geister Front der deutschen und polnischen Arbeiter und der Werktätigen aller Länder befreien. Nieder mit dem kriegerischen völkermordenden Nationalismus! Nieder mit den Parteien der Tribut- und Erfüllungspolitik, der Sozialdemokratie, der Hitler- und der Zentrumspartei.

Wir erheben

**Es lebe das uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht aller Werktätigen Oberschlesiens!
Es lebe die soziale und nationale Befreiung der Werktätigen Oberschlesiens und Schlesiens!
Es lebe die Solidarität der Arbeiter und Bauern ganz Polens und Deutschlands mit dem revolutionären Freiheitskampf der Arbeiter Oberschlesiens und Schlesiens!
Es lebe der Freiheitskampf des internationalen Proletariats!**

In dieser ersten Stunde, wo die polnische Bourgeoisie ihre Kräfte nach Einnahmen anstrebt, mit den brutalsten Mitteln, die Verhöhnung Polens andrückt und unerbittlichen Terror gegen die deutschsprachige Bevölkerung Ost- und Oberschlesiens entfaltet — wo die deutschen Jöhnen in ihren Vertrieben besonders brutale Maßnahmen gegen die ostbergschlesischen Bergarbeiter durchführen, wo die Steuererheber auf dem Lande mit besonderer Rücksichtslosigkeit gegen die polnisch sprechenden Bauern vorgehen und die Großgrundbesitzer mit der bewaffneten Staatsmacht ihre Pachtzinsen einziehen, wo die Widerheiten auf beiden Seiten der Grenze entzündet und verheert werden — wenden sich die Kommunisten an die deutschen Arbeiter und Bauern und an die ostbergschlesischen Brüder jenseits der Grenze mit dem Ruf:

während auf Kohlenhalben sich unverkäufliche Kohle zu Bergen bilden, — verkommen, — obdachlos, — während Wohnungen leer stehen und Erwerbslose wegen Mietsrückständen exmittiert werden.

Heute sehen die Arbeiter Ost- und Westerschlesiens und Schlesiens,

Wie verbrecherisch die Politik der Sozialdemokratie gewesen und geblieben ist:

In Polen kam mit aktiver Hilfe der Sozialdemokratie der Feldmarschall Pilsudski an die Macht und errichtete eine blutige faschistische Diktatur, die die Hungernden niederschlug, die deutschsprachige Bevölkerung unterdrückte, die Freiheitskämpfer in den Gefängnissen zur Grunde richtete, die kommunistische Partei in die Illegalität drängte, die militärische Aufrüstung betrieb und mit neuen kriegerischen Anschlägen gegen Danzig, Ostpreußen, Oberschlesien und gegen die Sowjet-Union drohte.

In Deutschland wurde, mit direkter Hilfe der Sozialdemokratie, Generalfeldmarschall von Hindenburg gewählt, der die faschistische Diktatur ausbaute, der das Parlament nach Hause schickte, mit dem Reichsmarschall Seecker regierte, Notverordnungen für Lohnabbau und Abbau der Sozialgesetzgebung erließ und gegen die Kommunisten und die revolutionären Arbeiterorganisationen mit Sondergerichten und Polizeiterror vorgeht und das Verbot der KPD plant.

In beiden Ländern soll ein faschistisches Terrorregiment die empfindende revolutionäre Welle des sozialistischen Freiheitskampfes niederschlagen und das bankrotte kapitalistische System vor dem Sturz durch die Arbeiterklasse retten.

In beiden Ländern treiben die Imperialisten eine Abenteuerpolitik des Sabotageplans des Betrübtes, die die Gefahr eines neuen Krieges immer drohender werden läßt.

Wir Kommunisten wenden uns

an alle sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeiter und werktätigen Mittelschichten in Stadt und Land mit dem Ruf:

Zerreißt die Grenzen, schließt die Kampffronten, entfaltet kühn das Kampfbanner des proletarischen Internationalismus gegen das Versailler Raubsystem, das Europa zerstückelt, das den Werktätigen Deutschlands neben der Ausbeutung durch das deutsche auch noch die Anrechnung und Ausplünderung durch das internationale Finanzkapital ausblüdet, das in Osterschlesien die deutschsprachige werktätige Bevölkerung doppelt und dreifach unterdrückt, das auf beiden Seiten der Grenzen die Ausplünderung der Werktätigen maßlos steigert, das den Keim zu neuen imperialistischen Kriegen gelegt hat.

im Geiste Liebknechts, Luxemburgs und Lenins

die Fahne des revolutionären Internationalismus und des gemeinsamen Kampfes der Werktätigen Deutschlands und Polens, gegen den gemeinsamen Feind, gegen die internationale Kapitalistenklasse, gegen den Imperialismus, Nationalismus und die faschistische Diktatur im eigenen Lande, gegen die Industriellen, Großgrundbesitzer und Bankiers, die das Volk ausplündern, blutig unterdrücken lassen und zu neuen Kriegen haken. Wir kämpfen mit aller Kraft für die Vereinigung der ost- und westerschlesischen und schlesischen Arbeiter und aller Werktätigen im Kampf gegen Hunger, Faschismus und Krieg.

Wir rufen den mühsamen Arbeitern und Bauern unsere Bruderhand und geloben, die Sowjet-Union, das Bollwerk des Sozialismus und des Friedens zu verteidigen gegen jeden Angriff, von welchem Imperialismus er auch immer kommen möge.

Wir sagen der deutschen und polnischen Arbeiterklasse und allen Werktätigen:

Die Ausbeuterklassen in jedem Land wird stets versuchen, durch blutige Diktatur, durch Unterdrückung der Arbeiterklasse, durch Anrechnung der nationalen Widerheiten und neue Kriegsabenteuer ihren eigenen Profit zu retten, niemals aber ist sie imstande, für die hungernden und blutenden Volksmassen einen Ausweg aus der Krise aufzuzeigen. Für die Arbeiterklasse und die Werktätigen gibt es nur einen Ausweg aus der juchbaren Not und Katastrophe, in die sie durch das kapitalistische System und die imperialistischen Raubverträge gedrückt wurde.

**Arbeitermacht und Sozialismus!
Nicht Faschismus, sondern Bolschewismus!
Nicht faschistisches Deutschland, sondern Sowjet-Deutschland!
Nicht faschistisches Polen, sondern Sowjet-Polen!
Nicht imperialistischen Krieg, sondern brüderliches Kampfbandnis der polnischen und deutschen Werktätigen!**

Wahlergebnisse der Thüringischen Kommunalwahlen

Berlin, 5. November. (Eig. Trahtbericht.) Die am Sonntag im sämtlichen Städten und Wahlkreisen des Landes Thüringen stattgefundenen Neuwahlen für die Gemeinde- und Kreisräte brachten infolge der schwachen Wahlbeteiligung, die im Durchschnitt um 20 Prozent geringer war als bei den letzten Reichstagswahlen und schwankte zwischen 56 und 81 Prozent bewegte, Stimmenverluste für alle Parteien. Am besten schnitten die Kommunisten ab, deren prozentualer Anteil an den Gesamtstimmen in zahlreichen Orten gestiegen ist, während besonders die Nationalsozialisten und Sozialdemokraten erhebliche Stimmenverluste erlitten, die durchweg weit über die infolge der geringen Wahlbeteiligung eingetretenen Verluste hinausgehen. Die schwere Wahlniederlage der Nazis fällt besonders ins Gewicht, da die Hitlerpartei in den letzten 14 Tagen alle ihre verfügbaren Kräfte nach Thüringen geworfen hat. (In Klammern Vergleichszahlen der Reichstagswahl vom 6. November.)

Eisenach

KPD	5745	(6397)
SPD	3750	(5444)
Nazi	6002	(8002)
bürgerliche Einheitsliste	1605	(887)

Jena

KPD	6513	(7442)
SPD	7479	(9615)
Nazi	6249	(8420)
bürgerliche Einheitsliste	3369	(2648)

Weimar

KPD	2704	(3014)
SPD	3347	(5401)
Nazi	7122	(11003)
bürgerliche Einheitsliste	922	(443)

Apolda

KPD	2184	(2574)
SPD	2798	(3478)
Nazi	4430	(6380)
bürgerliche Einheitsliste	2788	(2278)

Altenburg

KPD	2553	(2771)
SPD	12001	(13004)
Nazi	7227	(8152)
bürgerliche Einheitsliste	2316	(2055)

Gotha

KPD	6153	(7473)
SPD	1327	(1922)
Nazi	7565	(10046)

Rettet Barfl vor dem Henker!



Massensturm gegen faschistische Justiz!

9 000 eingekerkerte Klassengenossen!
55 000 Angeklagte!
20 000 Angehörige der Eingekerkerten und Opfer des faschistischen Terrors!

Vergeßt sie nicht! Stärkt die rote Hilfe!

Verwaltungsreform in der Sowjetunion und bei uns

In Anbetracht der Pläne der Regierung und der Behörden, die Verwaltungsorganisation zu vereinfachen, d. h. einen großen Abbau durchzuführen, ist der Beitrag, den die neue „Moskauer Rundschau“ über die Verwaltungsreform in der Sowjetunion bringt, von äußerst großem Interesse. Bei den beiden Verwaltungsreformen besteht der große Unterschied, daß die in der Sowjetunion abgeleiteten Angestellten und Beamten sofort eine andere Stellung bekommen. Der Zweck der Nationalisierung ist gerade der, die Kräfte umzugruppieren und dort, wo sie am notwendigsten sind, einzusetzen. Die Verwaltungsreform in Deutschland dagegen macht Tausende von Angestellten und Beamten brotlos, sie haben keine Aussicht, in ihrem oder in einem anderen Beruf Beschäftigung zu finden.

Die Ausführungen der „Moskauer Rundschau“ zu dieser Frage zeigen deutlich die gegenwärtige Entwicklung der Sowjetunion und der kapitalistischen Welt. Die „Moskauer Rundschau“ kopiert 20 Seiten und ist zu beziehen durch ihre deutsche Auslieferung, Berlin W. E. Wilhelmstraße 48.

Breslau, den 5. Dezember.

Betriebsrat mit Geschäftsleitung Hand in Hand

Die ausbeuteten Angestellten des Warenhauses Wertheim...

Ein Mitglied der Roten Hilfe wollte den Betriebsrat von Wertheim auffuchen...

Auf die Frage an den Portier, ob er den Betriebsrat sprechen könnte...

„Der Herr Betriebsrat ist nicht zu sprechen, sagen Sie uns ruhig, worum es sich handelt, wir arbeiten mit dem Betriebsrat Hand in Hand.“

Angestellte von Wertheim! Was sagt ihr zu dieser Freundschaft?...

Ein „feiner“ SAP-Betriebsrat

Nach Verurteilung des Todesurteils gegen den Antifaschisten Ferdinand Bortl...

Der SAP-Mann Walter Rosenstein (Wieschowsky) ließ vor einigen Tagen in der „SZ“...

Durch sein Verhalten sorgt Rosenstein für die Entziehung der Arbeitnehmerschaft...

Der SAP-Mann Rosenstein ist lediglich mit großem Eifer um Anerkennung und Lobpreisungen seines Herrn und Gebieters bemüht...

Kämpft mit der Roten Hilfe gegen Terror und Unterdrückung: Kampf in der roten Einheitsfront gegen die Lohnrauboffensive...

„Barrikadenkämpfe“ im Bürgerwerder

Dem unerwünschten Besucher bot sich am 30. November ein interessantes Schauspiel im Bürgerwerder...

Alle diese Tatsachen, sie erörtern die Feststellungen des 12. Plenums...

Advertisement for 'DER ROTEN HILFE!' featuring a large graphic of a hammer and sickle and text about anti-fascist struggle.

Jeder Betrieb eine rote Burg!

Genau so wie in Rußland der Strohbrigadeur auf vorderstem Posten im sozialistischen Aufbau steht...

In diesen prägnanten Sätzen brachte der Vertreter der Ortsgruppe Breslau, der Genosse Kleiner...

Sehr berechtigt bilden die Genossen aus der Provinz auf die Breslauer Genossen, inwiefern sie als Bezirksvorortgruppe ihre revolutionären Pflichten erfüllen.

Cinke-Hofmann, Straßenbahn, Gaswerk, Elektrizitätswerk

Das sind die wichtigsten Großbetriebe in Breslau, auf welche die Partei im Verein mit der NSD. ihre ganzen Kräfte konzentrieren muß.

Drohender Lohnraub bei den Breslauer Gemeindearbeitern!

Die Tatsache, daß am 31. Dezember das Abkommen bei den Gemeindearbeitern, welches infolge der Kampfstimmung getroffen wurde...

Der Kampf gegen die SAP.

Die Tatsache, daß die SAP in den Breslauer Gewerkschaften noch einen starken Einfluß besitzt, zwingt die Partei und die NSD...

Sehr richtig betonte Genosse Sandner in seinem politischen Referat, daß wir den Einfluß der SAP...

Genossen! Arbeiter! Das 12. Plenum signalisierte den revolutionären Ausschreitung. Die Bourgeoisie trainiert ihre Schutzgarden auf die Niedererschlagung der Arbeiterklasse...

Freie Esperanto-Bereinigung Breslau. Dienstag, den 6. Dezember, 20 Uhr, im Arbeiter-Radioheim...

Die Justiz gegen revolutionäre Arbeiter

Brieg. Die Genossen Schneider Bernhard, Janus Karl und Heilig Max waren angeklagt, die Ermittlung des Arbeiters Zedler zu verhindern...

Der Staatsanwalt beantragte gegen Schneider 1 Monate Gefängnis wegen angeblicher Aufreizung gegen Polizei...

Das Urteil lautete: Schneider 3 Monate, Janus 6 Wochen Gefängnis und 1 Woche Haft...

Wir wissen, daß revolutionäre Arbeiter, wenn sie heute vor die Justiz geschleppt werden, mit den schwersten Strafen belegt werden...

Und für Freispruch der Faschisten

Die zwei Brüder Fendjesal aus Tschöpsowitz, Kr. Brieg, sind der Körperverletzung aus politischen Beweggründen angeklagt...

der Betriebsarbeit und an der Gewerkschaftsfront verwickelt.

Die Tatsache, daß der rote Betriebsrat der Breslauer Gemeindearbeiter selbstkritisch feststellte, daß die Breslauer Genossen aus den gemachten Fehlern in der letzten Zeit ihre Lehren gezogen haben...

Nicht nur die Arbeiter aus den Betrieben und den Stempelstellen haben alle Kräfte eingesetzt, um den Delegierten aus der Provinz einen würdigen Empfang zu bereiten...

Die nachfolgende Begrüßungsresolution der Markstarbeiter zeigt, daß die Breslauer Betriebsarbeiter dieser Tagung eine große Bedeutung beigemessen haben.

Begrüßungs-Resolution

Die Arbeiter der Markstallverwaltung von Breslau begrüßen die Delegierten des 17. Bezirksparteitages der NSD, Bezirk Schlesien, mit einem kräftigen „Rot Front!“...

Wir geloben, den Kampf gegen Faschismus, Lohnraub, Unterdrückungsraub, Sondergerichtsurteile, gegen Antifaschisten, verstärkt unter Führung des Kampfausschusses der Markstallverwaltung zu führen.

Mit proletarischem Gruß! Im Auftrage der Markstallarbeiter. Der Kampfausschuß. Sineintragen aller Erfahrungen und neuen Methoden, die der Bezirksparteitag aufgezeigt hat...

er glaubhaft machen, daß es nur eine Schredschußpistole gewesen sei. Durch Hunderte von Beweisen haben wir schon festgestellt, daß die Faschisten bewußt sind...

Emil Fache, Aktiengesellschaft, Breslau. Man wird im Interesse einer einwandfreien Information des Publikums es nur begrüßen können, wenn Behauptungen in der Weltame gleichzeitig bewiesen werden...

Verantwortlich für den politischen Teil, Provinz und Lokales: Kurt Gafron, in Breslau. — Für die übrigen Seiten: Alfred Fendrich, Berlin. — Für Inserate: Albert C. H. m. Breslau. — Verlag u. Druck: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, Trebitzer Straße 50.

Advertisement for 'Empfehle prima mehlig, rote und gelbsteifliche Speise-Kartoffeln' by Richard Günther, Weidstein.

Advertisement for 'Ziehung 14. u. 15. Dez. Kölner Dombau-Geld-Lotterie' with prize amounts and contact information for Arndt.



Die werktätige Frau

Bei der Mutter Tom Mooneys

Was die 84jährige Mutter des unschuldig verurteilten revolutionären Kämpfers erzählt

Tom Mooney ist amerikanischer Staatsbürger... gewesen... bis man ihn vor 16 Jahren unschuldig zum Tode verurteilte, dann zum lebenslänglichen Zuchthaus „begnadigte“.

„Amerika... du hast es besser“, heißt es in vielen Gefängen. In vielen Reden wird Amerika als das „Land der goldenen Freiheit“ geschildert. Land der Freiheit? Ja, für wen? Für die, die alles in Fülle und Güte haben... deren Geldstränke vor Fülle bersten, die nicht Hunger, nicht Elend der Millionen kennen.

Amerika, das Land, das einem großangelegten Mutterkult huldigt, das in den schönsten Farben von „Muttersein“ und „Mutterglück“ schreibt. Das Land, das aber die Proteste Tausender Mütter ungehört verhallen läßt, das den Ruf einer Mutter, die seit 16 Jahren um die Freilassung ihres Sohnes kämpft, nicht hört... Es ist die Mutter Tom Mooneys, deren Sohn seit 16 Jahren hinter Zuchthausmauern sitzt, von düsteren grauen Wänden umgeben, unschuldig die Marter ertragen muß.

... Und jetzt sitze ich der Mutter Toms gegenüber. 84 Jahre harter Arbeit zählt ihr Leben. Sie ist sehr lebhaft, zuge und rüstig. Wenn sie erzählt, strömt soviel Sympathie von ihr aus, von diesem alten Mütterchen, das sich nicht scheut, durch Amerika zu reisen,



Die 84jährige Mutter Tom Mooneys

In sechs Monaten 90 Meetings abzuhalten. Die sich nicht scheut, den weiten Weg über das große Wasser zum Kongreß der Roten Hilfe nach Moskau zu machen, um dort zu sprechen, um dort an die Werftätigen der ganzen Welt zu appellieren, mit ihr für die Freilassung ihres Sohnes, für die neun Regerknaben und für die Tausende politischer Gefangener zu kämpfen.

Die Augen der alten Frau glänzen, als sie vom Lande der Sowjets spricht:

„Ich verstehe nicht viel von Politik... aber in der Sowjetunion ist es doch viel anders als bei uns in Amerika. In der Sowjetunion gehört alles den Arbeitenden... in Amerika den Reichen...“

Seit Jahrzehnten kämpft sie um ihren Sohn. Sein Schicksal ist

ihm an das Herz gewachsen. Sie fühlt die große Solidarität der Arbeiterklasse der ganzen Welt, sie weiß, daß alle Ausgebeutete und Unterdrückten mit ihr kämpfen. „Bald wäre er uns verloren gewesen“ und sie spricht jetzt mit Stolz von den russischen Arbeitern, „wenn damals, 1917, nicht die russischen Arbeiter und Bauern und Soldaten dem Henker in den Arm gefallen wären. Das Urteil war schon gefällt. Da zogen die russischen Arbeiterinnen und Arbeiter vor die Gesandtschaft der Amerikaner, schickten eine Delegation zum amerikanischen Botschaften. Sie verlangten,

daß der amerikanische Botschafter sich nach Amerika wandle, und das Todesurteil wurde dann bald danach aufgehoben und in lebenslängliche Zuchthausstrafe umgewandelt.“

Die Mutter glaubt jetzt an die Freilassung ihres Sohnes, an die Freilassung der neun Regerknaben, die gleich ihrem Tom unschuldig im Kerker schmachten...

„Wenn mein Sohn seine Gefinnung verkaufen würde, dann wäre er längst frei... Aber das tut mein Sohn nicht!“ sagt sie voller Stolz und richtet sich hoch auf. „Die Proteste der ganzen Welt werden es fertig bringen, daß sie bald frei kommen, Tom, die neun Regerknaben und alle, alle, die man unschuldig in die Zuchthäuser brachte...“

Ja, Mutter Tom Mooneys. Wir alle protestieren, wir alle kämpfen mit dir für die Freilassung der Tausenden politischen Gefangenen. Wir Arbeiterfrauen Deutschlands marschieren auch mit in den Reihen der Kämpfenden! Wir Arbeiterfrauen Deutschlands drücken dir, Mutter Mooney, die Hände.

Weihnachten, das „Fest der Liebe“?

Millionen und aber Millionen Kinder in Deutschland hungern

Millionen und aber Millionen Kinder in Deutschland hungern. Alles ist schon jetzt auf das „Fest der Liebe“ eingestellt. Die Ladenbesitzer haben um ihre Waren Silberfäden geschlungen, glitzernde Wäpfe und Sternchen sollen auf das Gemüt einwirken und die Vorübergehenden von diesem Weihnachtszauber eingekullt werden. Die Kinder stehen vor den glitzernden Schaufenstern, die Hände sind blaugefroren und das Stupsnäschen drückt sich platt an den Schaufenster Scheiben. Groß werden die Augen — wenn ich doch diese Spielsachen alle haben könnte. Traurig gehen die Kinder weiter mit der Erkenntnis, daß alle diese schönen Sachen für die Kinder der Reichen, aber nicht für die Kinder der Armen sind.

Zu Hause ist Hunger und Not...

Denn Millionen Kinder haben erwerbslose Väter, erwerbslose Mütter. Die kümmerlichen Unterstützungspenniege reichen lange nicht, um den Hunger zu stillen, geschweige denn die Stube zu wärmen und warme Sachen zu kaufen. Die Stiefel sind zerrissen, der Wintermantel ist an allen Ecken und Enden durchgeschabt und dünn... und heute kam der Vater nach Hause und sagte, daß die Unterstützung wiederum gekürzt sei...

So war es in Herfelle (Hannover). Die Erwerbslosen sollten keine Unterstützung mehr ausgezahlt bekommen. Die Kinder der Erwerbslosen sammelten sich daraufhin und bildeten einen Demonstrationzug. Unter Vortragen eines Transparentes

„Wir haben Hunger, unsere Väter bekommen kein Geld“.

zogen sie zum Wohlfahrtsamt und ziefen nach Brot. Trotz Drohungen und Schmeicheleien der Beamten ließen sich die Kinder nicht abweisen, bis ihre Väter ihre Unterstützung ausbezahlt bekamen. Ein Bravo diesen jungen tapferen Kämpfern, die heute schon begreifen, daß der Kampf ihrer Eltern auch ihr Kampf ist.

Väter, Mütter, Kinder in einer Front gegen Hunger und Frost. In Kassel kam es in den letzten Tagen zu großen Erwerbslosenkundgebungen, die von außerordentlich vielen Frauen besucht waren. Die Erwerbslosen forderten Winterbeihilfe und verhan-

delten mit dem Wohlfahrtsbezernten. Dieser erklärte sich jedoch nur bereit, ganz kleinliche Forderungen zu bewilligen, so daß sich die Demonstrationen fortsetzten und Hunderte von Müttern mit ihren Kindern erschienen.

Es war ein Elendsbild ohne Gleichen, wie die Kinder nach Brot schrien. Polizei griff ein und trieb die erwerbslosen Frauen und Männer vom Rathaus. Die Frauen sammelten sich erneut und brachten ihre Säuglinge in das Zimmer des Wohlfahrtsbezernten, mit dem Bemerkten, den Kleinen nichts mehr zu essen geben zu können.

In Berlin kam es ebenfalls auf mehreren Wohlfahrtsämtern zu erregten Massenprotesten der erwerbslosen Frauen und Männer. Sie forderten Kohlen, Kartoffeln, Kleidung für sich und ihre Kinder. Auf der Danziger Straße wurden auf dem Wohlfahrtsamt sämtliche Gänge und Treppen von den Antragstellern überfüllt. Als die Ablehnung der Anträge sich häufte, entstanden spontane Protesttrübe und Sprechhöre:

„Wir wollen sofort Kohlen, Kartoffeln und Kleidung, wir haben Hunger.“

Polizei trieb die hungernden Erwerbslosen auseinander. Der entsetzliche Hunger, die schreckliche Not treibt die Menschen aus ihren fallen Stuben, läßt sie auf die Straße gehen... Harte Arbeitshände pochen vernehmlich an die Amtstüren, sie fordern Kartoffeln und Kohlen...

Was aber schreibt der „Vorwärts“ über die Not der Erwerbslosen, wie nennt er „Vorwärts“ den Hunger und die Forderung der Erwerbslosen um Kartoffeln und Kohle? ... „Verbrecherisches Spiel“... „Kommunistischer Schwundel“... „Verhegte Menschen“... das sind nur einige Schlagworte aus einem Artikel, der am 1. Dezember im „Vorwärts“ nach den Vorfällen in der Danziger Straße erschien. Die Erwerbslosen wissen, was diese Worte des „Vorwärts“ für sie bedeuten: Erst recht Kampf! Rettung vor Hunger und Frost! Erst recht Kampf für Brot, Kartoffeln und Kohlen für alle Hungernden und Frierenden! Und die Frauen sind ihren Männern in diesem Kampf tapfere Kameraden!

ECKE für proletarische Kinder!

Die Schande soll brennen!

Als wir Grete besuchten, hatte sie kaum Zeit, uns zu antworten. Unablässig glitten ihre kleinen Hände hin und her. Grete muß all die vielen tausende Glaskugeln, die vor ihr auf den Tisch liegen, zu langen Ketten aneinanderreihen. Neben ihr sitzt Karl. Der muß die Glasketten mit glitzernden Filter beziehen. An dem Tisch, der am anderen Fenster des Zimmers steht, arbeiten Vater und Mutter Seifert. Sie bemalen die Glaskugeln mit bunten, leuchtenden Farben.

Unglaublich heiß ist es im Zimmer. Die Farben müssen nämlich schnell trocknen, deshalb glüht der Ofen, daß man anzusehen bekommt, er könne platzen. Die Wärme ist jedoch nicht angenehm. Die Farbe stinkt furchtbar — die Luft ist von Lack und Terpentin vollkommen verpestet.

So arbeitet die Familie Seifert. Außer Grete und Karl gibt es noch zwei Kinder bei Seiferts: Erich und Herta. Die Beiden sind jetzt unterwegs zum Fabrikanten. Ware abliefern. Auf dem Rücken die hochbeladenen Kiepen, so verlassen sie vor drei Stunden das Dorf. Zwei Stunden Chausseeweg sind es bis zum Haus des Fabrikanten. Von dem Bergrücken heißt ein eisiger Wind ins Tal, die Chausseebäume biegen sich unter dem Winddruck. Des Nachts hatte es geschneit. Bei solch einem Wetter läßt der Herr Fabrikant nicht einmal seinen Hand vor die Tür, bestimmt aber jagt er ihn nicht zwei Stunden hin und her. Erich und Marta müssen es! Und mit ihnen viele Kinder aus den anderen Familien des Dorfes. Jeden zweiten Tag gehen sie diesen langen, mühevollen Weg hin und zurück.

Das Leben all dieser Kinder in den Heimarbeiterdörfern im Thüringer Wald ist harte Arbeit und Hunger. Die Arbeit, die ihre Eltern vom Fabrikanten nach Hause mitbekommen, wird sehr gering bezahlt. Wenn da die Kinder einer solchen Heimarbeiterfamilie nicht mitarbeiten, dann muß die Familie verhungern.

Das Schlimmste aber ist: es gibt sehr wenig Arbeit. Wer soll all die Spielzeuge, Kugeln, Spiele kaufen? Und so kommt es, daß in vielen, vielen Häusern die Erwachsenen als „Stempelbrüder“ untätig herumsitzen müssen, während im Nachbarhaus

die Kinder schwer arbeiten. Während dort ein großer, starker Mann nichts zu tun hat, haben hier die Kinder keine Zeit zum Spielen, Lernen und Lesen.

Und dann der Hunger... Dort im Thüringer Wald gibt es eine ganze Reihe von Dörfern, wo so gut wie jedes Kind tuberkulosekrank und unterernährt ist.

Und in diesem Lande befiehlt der Schulminister ein Gebet zum Sprechen in den Schulen.

In einer der letzten Stunden jeder Woche liest der Lehrer einen Absatz des Versailler Friedensvertrages vor. Die ganze Klasse muß darauf im Sprechchor antworten:

Die deutsche Schande soll brennen in unseren Seelen bis zum Tage der Ehre und Freiheit!

Unsere Freunde aus der Familie Seifert, die Marta und Grete, der Karl und Erich — ob sie auch aus voller Kehle diesen Befehlsspruch mitrufen?

Sie haben Hunger!
Sie frieren!
Sie müssen schwer arbeiten!

Sie haben keine Freizeit, können nicht spielen! Das ist richtig.

Sie wollen frei sein! Sie wollen für ihre Freiheit kämpfen!

Doch mit wem sollen sie kämpfen? Der Herr Minister, der diesen „Freiheits“spruch zu beten befahl, ist ein Freund Hitlers. In der Thüringer Regierung sind viele Nazis. Die Führer der Nazis haben — so erst wiederum vor wenigen Wochen — hoch und heilig gelobt, alle Verträge — auch den Versailler Friedensvertrag — einzuhalten!

Diese Herren wollen uns verdummen. Derweilen sie uns ausbeuten lassen und unterdrücken, schließen sie Freundschaft mit den Herren von Versailles, mit den französischen Kapitalisten. Das Geschrei von der „Versailler Schande“ soll uns auf den Leim der Reichen locken. Derweil wir schreien und Rache brüten, unterdrücken und beuten sie uns aus.

Nicht das, was die Herren sagen, macht uns frei. Frei macht uns nur der Kampf gegen die Reichen. Nicht in Frankreich steht der Feind; hier bei uns in Deutschland, steht er. Gegen die, welche uns ausbeuten und unterdrücken, müssen wir kämpfen.

Mit den proletarischen Kindern in Frankreich aber müssen wir Freundschaft schließen. Sie werden auch so unterdrückt und ausgebeutet wie wir. Deshalb kämpfen sie in Frankreich für ihre Freiheit: wir in Deutschland für unsere Freiheit! Brüderlich. Seite an Seite!

Schreibt einen Freundschaftsbrief an die Kinder in Frankreich. Ihre Adresse ist:

Pioniers Francais Radiguet, 120 Rue Lafayette, Paris.

Verantwortlich: Alfred Henrich Berlin



B.V. - Bürokratie drückt sich vor Kampf gegen Lohnraub

RGD-Kollegen, das sind eure Zeitungen!

Eine lehrreiche B.V.-Zahlstellersammlung in Gottesberg

Gottesberg. Die Funktionäre der Zahlstelle des Bergarbeiterverbandes Gottesberg 2, beschlossen in einer Sitzung, für die nächste Zahlstellersammlung einen Vertreter der Bezirksleitung aus Waldenburg zu laden und diesen über die Stellung der Verbandsleitung bei einem evtl. Lohnabbau durch die Grubenverwaltungen zu hören. In der Mitgliederversammlung am 27. November erschien von der Bezirksleitung Waldenburg als Vertreter der Angestellte Dentert. Aufgefordert über die Stellung der Verbandsleitung zu einem evtl. Lohnabbau, stellte er die Gegenfrage und forderte eine Stellungnahme der Bergarbeiterchaft zu dieser Frage. Er fand kein Wort zu dem, was die B.V.-Kollegen von Gottesberg eigentlich wissen wollten.

Der Verammelten bemächtigte sich dann eine ungeheure Erregung. Ein Funktionär nahm zu der großen Verleumdung der Bergarbeiterfamilien Stellung und kennzeichnete das Verhalten der reformistischen Bezirksleitung des B.V. Darauf sah sich der Angestellte Dentert gezwungen, erneut zu sprechen. Er sprach über die Gewerkschaftsbewegung in der Vorkriegszeit, als diese noch wirkliche Kampforganisationen, das heißt Vertreter, der täglichen Interessen der Bergarbeiterchaft und die größten Feinde der Grubenbarone waren. Heute ist das anders.

Dentert gab in seinen Ausführungen zu, daß die Gewerkschaften reformistisch, das heißt abhängig von der kapitalistischen Gesellschaftsordnung geworden sind.

Dentert selbst verteidigte die Gewerkschaftsbürokratie die Tarnew und Leipart, von denen ersterer selbst die Worte vom „Arzt am Kapitalismus“ prägte. Aus dieser Einstellung der Bezirksleitung des B.V. in Waldenburg, die ja von Dentert vertreten wurde, ist auch das Kneifen vor einer klaren Stellungnahme zum Kampf gegen den Lohnabbau in der jetzigen Situation zu erklären.

Die Stellungnahme der Kameraden vom Bergarbeiterverband ist klar! Sie haben aus den Streiks der Kollegen anderer Industriegruppen in den letzten Wochen gelernt, daß es auch in der Krise möglich ist, den Lohnabbau zu verhindern. Allerdings nur unter revolutionärer Führung! Die Kameraden vom B.V. müssen daher gemeinsam mit dem Einheitsverband der Bergarbeiter in jedem Schacht und in jeder Abteilung die Voraussetzungen zu erfolgreichen Kämpfen gegen die profitgierigen Grubenbarone schaffen. Schmiedet auf jeder Schachtanlage und jeder Abteilung die Bergarbeiter-Einheitsaktion gegen jeden, auch indirekten Lohnraub durch verstärkte Antreiberei, durch Nichtbeförderung oder Detradierung und insbesondere gegen das Streikperksystem mit seinen zahlreichen Feiertagshilfen.

Ein B.V.-Kamerad der Zahlstelle Weißstein I berichtet

In der „Bergwacht“ vom 21. November 1932 berichtet die Bezirksleitung des Bergbauindustriearbeiterverbandes über finanzielle Mißstände im B.V., ohne eine positive Begründung dafür zu haben. Um das Chaos ihrer eigenen Organisation zu verdecken, glauben diese Leute die revolutionäre Bergarbeiter-Organisation herunterreißen zu können. Wie es in dieser reformistischen Organisation aussieht, dafür ein Beispiel aus der Zahlstelle Weißstein. Nicht nur die Jungen von der Auenstraße betrachten die Organisation als Scheitern, sondern dieser Geist hat auch einige kleine Funktionäre erfaßt. Ein Unterfahrgänger nach dem anderen legte seine Funktion nieder, weil er nicht mehr „lohnend“ genug ist. In verschiedenen Bezirken haben Betriebsarbeiter schon längst die Organisation verlassen, und die Beschlüsse der Invaliden sind niedrig, deshalb verringern sich die Prozente der Unterfahrgänger. Diese Leute zeigen deutlich ihr Interesse zur Organisation, sobald die Prozente fallen, legen sie ihre Ämter nieder. Sie die Bergarbeiter über diese Jäger nach Prozenten denken, ist wohl am besten der Rückgang der Zahlstelle Weißstein zu sehen. Ende vor einem Jahre betrug die Mitgliederzahl der Zahlstelle mehr als 1000 Mitglieder und nachweislich sind heute nicht mehr 500 Mitglieder vorhanden. Auch die Werbungen, die in den letzten Monaten durchgeführt wurden, sind absolut negativ verlaufen.

Kameraden, notwendig ist, daß ihr einen Schritt weiter tut und euch zu Oppositionsgruppen zusammenschließt. Kameraden, die Unternehmer werden ihre faschistischen Lohnabbaumaßnahmen in viel schlimmerer Weise, als bisher durchzuführen. Es ist deshalb notwendig, die Bergarbeiter-Einheitsfront auf allen Schichten zu

stellen. Nur in geschlossener Front sind wir in der Lage, die Unternehmerrangeisse abzuwehren. Folgt den Parolen des B.V.:

1. **Schluß mit jedem Lohnraub.**
2. **Volle Unterstützung im Streikmonat.**
3. **Schluß mit jeder Heberarbeit. Wir fordern 7-Stundenshicht bei vollem Lohnausgleich.**

Kameraden, die ihr noch im B.V. organisiert seid, tretet in den Mitgliederversammlungen der Bürokratie entgegen und kämpft auch dort für obengenannte Forderungen. Wählt zu den Ortsverwaltungen wahlberechtigte Kameraden in die Leitung und nicht Reformisten, und „Arzte am Kapitalismus“, die euch an die Unternehmer verkaufen. Organisiert den Kampf gegen Ausbeutung und Lohnraub!

Unerhörte Zustände auf dem Wohlfahrtsamt Waldenburg

Waldenburg. Am Freitag vor 8 Tagen wurden den Wohlfahrtsempfängern die Stempelfarte zur Kontrolle abgenommen. Dienstag wurde im „Tageblatt“ und in der „Bergwacht“ bekanntgegeben, daß am Mittwoch im Ausschüttungsraum auf der Schlachthofstraße, die Karten abgeholt werden müssen. Um 10 Uhr war ein Andrang, daß vier Schupo beamtete schon nicht mehr imstande waren, den Verkehr zu regeln. Eine Zeiteinteilung zum Abholen war nicht erfolgt und hinzu kam noch, daß ein Teil der Karten nicht zu finden war. Es entstand also ein lebensgefährliches Gedränge. Um 11½ Uhr, als sich niemand mehr Rat wußte, wurde den Wartenden bekanntgegeben, daß die Karten am Zahlungstage mit ausgehändigt werden.

Hunderte hungernde Wohlfahrtsempfänger standen also dicht gedrängt drei Stunden und mußten ohne die Karten nach Hause gehen. Erwerbslos, verlangt, daß sich das Wohlfahrtsamt in Zukunft der Mühe unterzieht, eine Zeiteinteilung nach Buchstaben festzulegen, damit ihre durch diese Schinderei nicht unnötig der Witterung ausgesetzt stundenlang stehen müßten.

Ende des Gewerkschaftsfunktionärs Dähler

Waldenburg. Allen Arbeitern ist noch bekannt, daß der ehemalige Bevollmächtigte vom Deutschen Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Waldenburg, Willi Dähler, wegen Unterschlagung aus der Gewerkschaft herausgeworfen werden mußte. Wegen dieser Veruntreuungen war Dähler mit Gefängnis bestraft. Derzeit hat sich Selbstmord begangen. Das ist das Ende eines S.P.D.-Gewerkschaftsführers und S.P.D.-Statistik.

Faschistische Konzentration durch Arbeitsdienstpflicht

Zur Militarisierung und Faschisierung der werktätigen Jugend im deutschen Osten — Organisiert die Jugend-Einheitsaktion gegen die faschistische Arbeitsdienstpflicht!

„Verzicht vor den Werbern der Fremdenlegion!“ Dieser Mahnruf erklingt in gewissen Zeitabständen aus allen bürgerlichen und sozial demokratischen Blättern. Man schreiet dann gewöhnlich, wie junge Leute, die sich in ihrer Not keinen Rat wissen, von verantwortungslosen Subjekten durch falsche Versprechungen für die Fremdenlegion angeworben werden; wie sie später erkennen, daß sie betrogen worden sind und wie es ihnen dann in den meisten Fällen nicht mehr möglich ist, den Trümmern der Fremdenlegion zu entgehen. Einerseits, weil jeder Abbruchversuch auf die gemeine und brutale Weise bestraft wird, andererseits, weil, wenn schon wirklich einmal ein Abbruchversuch glückt, der Abbruchling, mittellos im fremden Land, sich selbst überlassen ist und zugrunde geht.

Au diese und ähnliche Geschichten muß man ganz unvorbereitet denken, wenn man sieht, wie jetzt die Organisations des „Freiwilligen“ Arbeitsdienstes ganz systematisch und in großem Maßstabe Anknüpfungen der Arbeitskräfte vorgenommen werden.

Schlesische Arbeitsdienstler kommen nach Südpolen und Westpreußen; Rheinländer und Hannoveraner nach Schlesien, von Nord, Süd, West, alles kommt nach dem Osten.

Wir geben euch die Drucktermine der Industrie-Gruppensetzungen bekannt:

28. 11.	„Kohldampf“	Nr. 17
29. 11.	„Landarbeiter“	Nr. 12
30. 11.	„Tribüne“	Nr. 12
1. 12.	„Solgarbeiter“	Nr. 12
2. 12.	„Heberarbeiter“	Nr. 12
3. 12.	„Angestelltenkampf“	Nr. 12
5. 12.	„Pionier“	Nr. 23
6. 12.	„Fabrikarbeiter“	Nr. 19
7. 12.	„Kost und Staat“	Nr. 11
8. 12.	„Kampfbild“	Nr. 12
8. 12.	„Jugendprolet“	Nr. 8
10. 12.	„Textilarbeiter“	Nr. 19
12. 12.	„Metallblod“	Nr. 19

Der Versand der Zeitung erfolgt von uns zweimal im Monat, und zwar am 9. und 20.

Die Zeitung ist verantwortlich, daß die Zeitungsbestellung sofort ausgefüllt zurückgeschickt wird. Im Bezirkskomitee der RGD. treffen die Zeitungen 1-5 Tage später ein. Es hängt auch von eurer Klaffierung ab und vor allen Dingen von der Abrechnung, daß wir euch die Zeitung pünktlich senden. Pünktliche Abrechnung garantiert euch pünktliche Zustellung der Zeitungen. RGD., Literaturvertrieb.

Zum Hunger und Frost noch Krankheiten und Seuchen!

Waldenburg. In Desshammer werden erneut fünf Fälle von Diphtherie gemeldet. Bisher sind noch keine Todesfälle zu beklagen. Es besteht jedoch die Gefahr, daß sich die Krankheit auch in den umliegenden Orten weiter verbreitet.

Wimpfisch. Infolge der immer weiter um sich greifenden Diphtherie mußte auch der Wandergarten in Wimpfisch bis auf weiteres geschlossen werden, da die Krankheit auch im Gedwigschicht Eingang gefunden hat.

Königsfeldt. Hier mußte die Schule wegen Auftreten von Scharlach in der Familie eines Lehrers bis zum 9. Januar 1933 geschlossen werden.

Obige Meldungen zeigen, daß die Krankheiten und Seuchen unter den hungernden werktätigen Schichten weiter um sich greifen. Das ist die Folge der ungeheuren Verelendung. Durch Hunger und Kälte finden die Seuchen und Krankheiten erst recht Nahrung. Es ist Aufgabe aller Werktätigen, in gemeinsamer Front den täglichen Kampf gegen Hunger und Kälte, für Arbeit und Brot aufzunehmen.

Verstärkt den Massenkampf gegen Polizei- und Justizterror!

Vor dem Prozeß gegen die SA-Terrorakte im Görlitzer Landgebiet — Reichsbannerkamerad Hoffmann-Küpper, von der SA ermordet — SA-Führer wegen „fahrlässiger Tötung“ zu nur 150 Mark Geldstrafe verurteilt

Görlitz. Die Gerichtsprozeduren teil mit, daß die Besondereinstellung der Terrorakte der Bürgerkriegsarmee der Nazis der SA im Landgerichtsbezirk Görlitz nunmehr soweit gefördert sind, daß mit der Verhandlung am 12. Dezember gerechnet werden kann. Die Gerichtsverhandlungen werden längere Zeit in Anspruch nehmen.

Görlitz. Am 1. August wurde der Standartenführer Fritz Küpper im Oberlausitzer Döhlenhaus durch einen Schuß getötet, der plötzlich aus einem Revolver löste, den der Standartenführer gerade reichte. Heute wurde von dem Schöffenrichtern wegen fahrlässiger Tötung an Stelle einer verurteilten Geldstrafe von nur einem Monat (!) zu nur 150 Mark Geldstrafe (!) verurteilt.

Lauban. In Küpper wurde im August der Reichsbannerarbeiter der Ortsgruppe Küpper Hoffmann, der zugleich Führer der Ortsgruppe war, vor seinem Hause von SA-Leuten ermordet. Jetzt wird bekannt, daß der wegen den Terrorakten im Landgebiet Görlitz in Haft befindliche SA-Mann Schübler aus Lauban befindet, daß der fahrlässige SA-Mann Paul

Wieland aus Herzdorf den Anschlag auf den Reichsbannerkameraden Hoffmann verübt hatte.

Die Nachricht von der Verurteilung des Standartenführers Heute wegen fahrlässiger Tötung zu einer Geldstrafe von 150 Mark, zeigt deutlich, den Massencharakter der heutigen Justiz. Ein SA-Führer kann sich erlauben, offen Waffen zu tragen und damit das Leben anderer Menschen zu gefährden. Für ihn bedeutet das nur eine geringe Geldstrafe.

Der antisowjetische Arbeiter Bartl von Chemnitz wurde von SA-Leuten angegriffen und verurteilt sein Leben. Er wurde dafür zum Tode verurteilt!

Diese Tatsache muß den schärfsten Protest aller Arbeiter und Werktätigen hervorrufen. Die Protestwelle gegen diese Klassenjustiz muß allerorts verstärkt werden, um zu verhindern, daß weitere antisowjetische Arbeiter ins Gefängnis und Zuchthaus gesteckt, oder gar zum Tode verurteilt werden, während die SA-Führer, die ständig das Leben anderer gefährden und die verirrten SA-Leute auf die revolutionäre Arbeiterfront zu neuen Terrorakten losheben, freigelassen. Entschacht den Massenkampf unter Führung der Roten Hilfe gegen Polizei- und Justizterror, für die Freilassung aller proletarisch-politischen Gefangenen.

Den jungen Arbeitern, ebenfalls solchen, die sich in ihrer Not, in ihrem Elend nicht zu helfen wissen, macht man diese Verfrachtung, außer dem üblichen Gehalt von der „Gemeinnützigkeit“ des Arbeitsdienstes dadurch schmacht, daß man ihnen etwas von „Weltkenntnissen“, von „Land und Leuten“ usw. erzählt. Und die Jungproleten, die keine Schuhe mehr an den Füßen haben, um einmal eine bescheidene Sonntagswanderung zu machen, als welche dem jemals überhaupt daran denken können, eine richtige Stelle zu machen, um ihr „Vaterland“ kennen zu lernen, für das sie ihr Leben opfern sollen, sollen leider oftmals auf diesen Sumpflager herein, abgehoben davon, daß der größte Teil einfach, um nicht zu verhungern, gezwungen ist, in ein Arbeitsdienstlager zu gehen.

Es kommt der Bourgeoisie bei diesen Verfrachtungen auf drei Dinge an:

1. Planmäßige Konzentration von großen Massen, die ihrem Befehl gehorchen, mit dem Gesicht nach Osten zur Gewinnung einer Anzahl wichtiger strategischer Punkte als Aufmarschgebiet zum imperialistischen Krieg gegen die Sowjet-Union.
2. Soll durch die Verfrachtungen verhindert werden, daß die Arbeitsdienstler die Verbindung mit den revolutionären Jungarbeitern ihres Heimatortes aufrecht erhalten können. (Durch das schnelle Reagieren der revolutionären Jungarbeiter innerhalb und außerhalb der Arbeitslager, sind den Herren schon zu viele Lagen aufgefallen.)

An einer Reihe von Lagern in das Osten und die Behandlung heute elend schlecht und die Zustände verelendern sich dauernd. Deshalb sind in den letzten Monaten zahlreiche Arbeitsdienstler aus ihren Lagern einfach fortgelaufen. Sie konnten es nicht mehr aushalten. Bisher hatten diese dann „nur“ die Schlänen des Arbeitsamtes zu gewärtigen. Doch das wird jetzt anders: Was soll z. B. der Schleswig-Holsteinische Jungarbeiter, der in einem isolierten Arbeitslager sitzt, machen, wenn er den Arbeitsdienst, zu dem er „freiwillig“ getreten war, nun wieder „freiwillig“ verlassen will, weil er sich nicht mehr länger für den elenden Krieg, für die Hungerplünderung, für die alten Militärklamotten schinden will? Papiere erhält er nicht, Geld hat er nicht, was soll er also machen?

Er soll gezwungen sein, unter allen Umständen seine Sklavenarbeit zu leisten!

Es gilt diese Maßnahmen der Bourgeoisie zu durchkreuzen: Alle Jungen und erwachsenen Arbeiter müssen in einer Kampffront gegen das Prinzip des Arbeitsdienstes überhaupt stehen! Kämpft daher mit der Waffe des Streiks für tarifliche Bezahlung gegen Faschisierung und Militarisierung der Jugend!

Bei der Durchführung von Verfrachtungen müssen die Arbeitsdienstler sofort Verbindungen mit den revolutionären Organisationen aufnehmen.

Wendet euch an die betreffende Ortsgruppe des kommunistischen Jugendverbandes, wenn an dem Orte keine Ortsgruppe besteht, an die der R.G.D. oder der R.G.O., der F.V.D. der Roten Hilfe usw. Wendet euch an die Kameraden des Kampfbundes oder des Roten Massen selbstschütztes. Wendet euch vor allen Dingen an die kommunistische Presse und Jugendpresse!

Es darf der Bourgeoisie nicht gelingen, durch die Arbeitsdienstpflicht ihre faschistischen Bürgertruppen, ihre Antisowjetfront zu formieren. Macht die Arbeitslager zu Konzentrationspunkte des Kampfes um die soziale und nationale Befreiung des deutschen Proletariats!

Trotz Verbandsvorstand — gemeinsamer Kampf!

Solidaritätsfußball-Spiel für im Kampf gegen Lohnabbau gemahregelter Arbeiter, ein voller Erfolg — Bürgerliche Sportführer machtlos gegen kämpfende Einheit

Der Wille der Arbeiter, gleichviel, wo sie organisiert sind, zur Kampfeinheit gegen Hunger und Elend, gegen Unterdrückung, gegen Faschismus und Kapitalismus, für Arbeit, Brot und Freiheit bricht sich immer mehr Bahn. Lüge, Verleumdung, Dege und Terror können Aktionen dieses Einheitswillens nicht verhindern. Auch auf dem Gebiete des Sports. Ein treffendes Beispiel dafür haben die sporttreibenden Arbeiter im Rheingebiet am Vortag gegeben. Auf Veranstaltung der roten Sportler fand in Solingen ein Solidaritätsfußballspiel statt, dessen Reinertrag für die Gemahregelten der Firma König in Solingen - Ohligse bestimmt war.

Das Spiel wurde bestreitet von einer kombinierten Mannschaft von Arbeitern aus Vereinen des bürgerlichen Westdeutschen Spielverbandes und einer Mannschaft, der der Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit angeschlossenen Kreise Turn- und Sportgemeinde Solinge.

Diese Aktion als Ausdruck der Solidarität sporttreibender Arbeiter mit den gegen Lohnabbau kämpfenden Arbeitern hat unter der Arbeiterschaft lebhaften Widerhall gefunden. Voller Mut muß die bürgerliche Presse mitteilen, daß diese Veranstaltung einen guten Erfolg zu verzeichnen hatte.

Aber die Solidaritätsaktion der sporttreibenden Arbeiter, die die sportliche Betätigung in den Dienst des Kampfes der Werktätigen gegen die Ausplünderer stellten, hat auch wiederum die bürgerlichen Zehrführer entlarvt. Sie, die wohl immer davon reden, Sport sei eine neutrale Angelegenheit, haben durch ihre Stellungnahme gegen die Solidaritätsaktion wiederum unterstrichen, daß es im Sport keine politische Neutralität gibt. Sie, die alles daran setzen, die sportliche Betätigung in den Dienst der kapitalistischen Mächthaber und ihrer Politik der faschistisch-imperialistischen Aufrüstung zu stellen, sehen auf der Seite der Kapitalisten gegen die Arbeiter. Sie haben alles versucht, die Teilnahme von Mitgliedern ihres Verbandes zu verhindern. Verbote, die erlassen wurden, Strafen, die man androhte, haben nichts genutzt. Hören wir, was die bürgerliche Zeitung, „Rheinischer Stadtanzeiger“, in ihrer Ausgabe vom 18. November voller Mut dazu schreibt:

„Man hätte man allgemein angenommen, daß infolge der Bekanntmachung durch die Verbandsbehörden dieses Spiel nicht stattfinden würde. Weit gefehlt. Wohl haben sich einige Spieler rechtzeitig abgemeldet und nicht teilgenommen, aber dafür sprangen sofort eine Anzahl Ersatzleute ein, so daß der angekündigte Großkampf heilig wurde, der infolge des guten Wetters einen guten Besuch zu verzeichnen hatte. Die Vereinsleitungen der betreffenden Spieler haben nichts unversucht gelassen, um die Teilnahme zu verhindern. Aber es war einfach nicht möglich, obwohl den vorgeschickten Schlichtern teilweise die Verbote des Verbandes schriftlich zugehakt worden sind. Der Druck im Kreise der Erwerbstätigen und der politischen Organisation war stärker, die Vereinsvorstände haben nachgegeben.“

Alle diese Versuche zur Verhinderung dieses Solidaritätsspiels waren vergeblich. Es ist möglich, näher darauf einzugehen, wenn dieses kapitalistische Blatt davon soviel, der Druck der politischen Organisation war stärker. Dieser Schwindel ist zu offensichtlich. Aber diese Konzentration macht das kapitalistische Blatt, um heben zu können. „Nicht“ war dieses Blatt es, wenn Arbeiter ihrer Solidarität Ausdruck geben. Das ist selbstverständlich politisch. Da alle Maßnahmen es nicht abwege brachten, diese Solidaritätsaktion zu verhindern,

fordert die Zeitung, daß „Stadiverwaltungen für diese politischen Veranstaltungen“ städtische Sportplätze nicht zur Verfügung stellen sollen. Das unterstreicht noch besonders die politische Stellungnahme dieses kapitalistischen Blattes gegen die um ihre Lebensgrundlage, gegen Hunger und Not kämpfenden Arbeiter.

Trotz allen Outgoheus werden die Arbeiter auch in den bürgerlichen Verbänden sich nicht davon zurückziehen lassen, mit den roten Sportlern die sportliche Betätigung in den Dienst des Freiheitskampfes der Arbeiterklasse zu stellen.

Gemeinsame Not, gemeinsamer Hunger zwingen zum gemeinsamen Kampf gegen Ausbeutung, Ausplünderung und Unterdrückung.

Mit verstärkter Kraft weiter voran! Noch kühner und mutiger vorstoßen ist die Lösung! Her zur Einheitsfrontaktion!

Solidaritätsspiel der roten Sportler

Auswahlmannschaften spielen 3:3

Das am gestrigen Sonntag zugunsten der im Hungerstreik befindlichen proletarisch, politischen Gefangenen ausgetragene Solidaritätsspiel, war ein voller Erfolg. 800 bis 1000 Zuschauer umsäumten den Platz, als Genosse Winkler einleitend die Bedeutung der roten Sportbewegung anzeigte. In der Halbzeit des Fußballspieles fand eine Musterung des Organisationsbüros statt. Auch die Polizei war einige Minuten als Zuschauer erschienen, doch mußte sie wegen des nur Sportbetriebes wieder unverrichteter Weise abziehen.

Ueber das Spiel selbst kann man mit den Leistungen der ausgestellten Auswahlmannschaften keinesfalls zufrieden sein. Für die Zukunft wäre eine Zusammenstellung von technisch guten Spielern erwünscht.

Achtung!

Der Bezirksrat der Roten Sportler findet am 11. Dezember, vormittags 9 Uhr, im Lokal „Roter Löwe“, Breslau, Kupfer-Schmidestraße, statt. Für die auswärtigen Genossen sei mitgeteilt, daß Quartiermeldungen bis spätestens Mittwoch, den 7. Dezember bei Genossen Stürmer, abgegeben werden müssen. Spätere Meldungen können nicht berücksichtigt werden.

Achtung!

Der Spielverlauf: Etwas verspätet gibt Schiri Klase den Ball frei. Beide Mannschaften spielen angeregt, doch findet sich B. schneller. Die Aktionen des B.-Sturmes werden jedoch von der zwar guten aber wenig aufbaulegenden A.-Läuferreihe gestoppt. In der 25. Minute kann der Halbkreis der A.-Mannschaft erzwungen einenden. Der Ausgleich folgt in 3 Minuten. Die B.-Mannschaft ist in der Folge eifriger und kann bald in Führung gehen. Ein wegen Hand gegebener 11 Meter wird zum Ausgleich benutzt. Nach der Pause verteiltes Spiel.

gegen faschistischen Terror, gegen Kapitalabteilung. In der Einheitsfront der kämpfenden Arbeiter sieht die bürgerliche Gesellschaft eine Gefahr für den Bestand des kapitalistischen Ausplünderungs- und Unterdrückungssystems. Auch die Arbeiter erkennen immer mehr in der Kampfgemeinschaft die Kraft, die in der Einheitsfrontaktion das Bollwerk gegen Faschismus und Kapitalabteilung aufrichten kann.

Einheitsfrontaktion im Kampf um Arbeit und Brot umschließt auch die Einheitsfront aller sporttreibenden Arbeiter zum Kampf um die Sicherung der materiellen und sozialen Voraussetzungen für den Betrieb von Sport und Lebensübungen der Werktätigen.

Die vielen Solidaritätsaktionen, die in den letzten Wochen überall im Reichsgebiet von sporttreibenden Arbeitern in den bürgerlichen und reformistischen Verbänden mit den roten Sportlern stattgefunden haben, nicht zuletzt auch die erfolgreiche Aktion der Schwimmer in Berlin gegen die hohen Benutzungsgelder für die Schwimmhallen, die unter Führung der Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit durchgeführt wurden, sowie das erfolgreiche Solidaritätsspiel im Rheingebiet, zeigen den sporttreibenden Arbeitern mit aller Deutlichkeit die Notwendigkeit, auf dem beschrittenen Wege die kämpfende Einheitsfront auch auf dem Gebiete des Sports zu formieren.

Der A-Torwart wird in der zwanzigsten Minute zum drittenmal überwunden. Zehn Minuten vor Schluß kann die A-Mannschaft, die sich nun scheinbar gefunden hat, den Ausgleich erzielen.

Ein Handballspiel, sowie ein Knabenfußballspiel zeigten guten Sport.

Ladung des Verhandlungs-Ausschusses für den 5. Dezember 1932

Sämtliche geladene Genossen erscheinen mit Pok.

- 8,10: Vereinsvertreter von Fichte - Bernstadt.
- 8,10: Sportgenosse Richard Ruhnert von Fichte - Bernstadt.
- 8,10: Sportgenosse Blasel von Fichte - Bernstadt.
- 8,30: Vereinsvertreter von Rot-Weiß.
- 8,30: Sportwart von Rot-Weiß.
- 8,30: Vereinsvertreter von Fanal - Ost.
- 8,30: Sportwart von Fanal - Ost.
- 8,30: Genosse Wilhelm Wagner von Fanal - Ost.
- 8,30: Schiri Walter Zagon von Fanal - West.
- 8,50: Vereinsvertreter von Fortuna.
- 8,50: Vereinsvertreter von Rot-Weiß.
- 9,10: Vereinsvertreter von Fichte - Bernstadt.
- 9,10: Vereinsvertreter von Dynamo.
- 9,30: Vereinsvertreter von Süd.
- 9,30: Vereinsvertreter von Fichte - Ohlau.
- 9,30: Sportgenosse J. Bigale von Süd.
- 9,30: Sportgenosse Walter Weiß von Süd.
- 9,30: Sportgenosse Karl Voß von Süd.
- 9,30: Schiri, Klase Nr. 3.
- 9,50: Vereinsvertreter von Solidarität.
- 9,50: Spielführer von Solidarität.
- 9,50: Schiri, Buchwald von Dynamo.
- 10,10: Vereinsvertreter von Favorit.
- 10,10: Sportgenosse Karl Schymil von Grün-Weiß.
- 10,30: Vereinsvertreter von Fanal - Ost.
- 10,30: Sportgenosse Willi Wagner von Fanal - Ost.
- 10,30: Sportgenosse Helmuth Stein von Fanal - West.
- 10,30: Schiri, Ernst Brühl von Rot-Weiß.
- 10,50: Vereinsvertreter von Favorit.
- 10,50: Vereinsvertreter von Schwarz-Weiß erscheint mit Unterlagen.
- 11,10: Vereinsvertreter von Rot-Weiß.
- 11,10: Vereinsvertreter von Fichte - Bernstadt.

AGB. Solidarität

Mittwoch, den 7. Dezember, außerordentliche Generalversammlung. Alles erscheinen. Nichterscheinen wird laut Statut bestraft. Lokal: Dittrich, Matthiastraße 175, 20 Uhr.

Warum nicht „Rot-Sport“ in Waldenburg

Auf die Notiz unter obiger Spitzmarke im Sportteil unserer Zeitung vom Sonnabend, dem 3. Dezember, erhielten wir vom Genossen Martin Günther-Zirlau folgende Zeilen:

Die gewünschte Auskunft an die Unterzeichner F. G. und W. J. des unter obiger Spitzmarke erschienenen Artikels in dieser Zeitung kann m. E. nicht schwer sein und nur so lauten: In Waldenburg ist „Rot-Sport“ noch nicht, weil es an erster Stelle die Schreiber des genannten Artikels und zum anderen die „vielen Unzufriedenen“ in den reformistischen Vereinen bis jetzt (wahrscheinlich wegen allzu reichlicher Unzufriedenheit!) unterlassen haben, die „unzufriedenen und ausgetretenen“ Sportler in einen Verein zusammenzufassen und diesen Verein der Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit, Berlin C. 25, Münzstraße 24, zuzuführen. Anstelle der Anfrage am Sonnabend mußten die Schreiber F. G. und W. J. folgende Notiz an dieser Stelle abdrucken lassen: „Am sonnabenden findet in Waldenburg im Lokal Soundso eine Zusammenkunft aller oppositionellen Sportler statt. Nach genügender Aussprache Gründung eines Rot-Sport-Vereins für Waldenburg.“ — Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß diese Auskunft den F. G. und W. J. genügt und ihnen der notwendige Hinweis zur angepriesenen Mitarbeit hiermit gegeben ist. Zur besten Unterstärkung jederzeit gern bereit, zeichnet mit Rot Sport Martin Günther.

„Stern“ I Zirlau — Fichte I Striegau 8:3

Obige Mannschaften lieferten sich in Zirlau einen klaren offenen Kampf. Bis zum Wechsel erzielt „Stern“ eine klare 6:1-Führung, welche die Gäste nach der Halbzeit vorerst auf 5:3 forcieren können, aber dem mächtig einsetzenden Endspurt des Platzbesten nicht standhalten, welches obiges Resultat vollauf bezeugt.

„Stern“ 2 schlug „Fichte“ 2 überlegen 6:0. Einen ausgeglichener Kampf lieferten sich die dritten Mannschaften beider Vereine, 2:2 hieß es am Schlußpfiff. Die zu diesen Spielen angelegten Schiriprüfungs konnten zum Teil befriedigen.

Freie Sportsfreunde, Jauer — Fichte, Haynau 8:4

Fichte - Haynau wollte in Jauer mit drei Mannschaften. Gleich nach Anstoß konnten die Gäste in Führung gehen, aber der Ausgleich ließ nicht lange warten. Zwei weitere Treffer folgten. Nach Halbzeit drückt Jauer mächtig und kann obiges Resultat erzielen. Jauer II gegen Fichte II 9:0, Jauer III gegen Fichte III 0:2.

Kettet den Genossen Bartl vor der Vollstreckung der Todesstrafe

Während sich den Verbandsverantwortlichen und Terroristen der Nazis die Arbeiterpartei im Kampf um ein unerhöhtes Todesurteil der Klassenfront gegen die Arbeiterpartei in Chemnitz vollzogen werden. Der gesamte Prozessverlauf beweist, daß der Arbeiterpartei den Todesurteil auf den erschöpften Nazi nicht abzugeben hat. Das Schwurgericht hat dies ausdrücklich auch unterstrichen müssen. Der Täter unbekannt. Der Vorstands des Gerichts erklärte dem Arbeiterpartei, er mußte zum Tode verurteilt werden, wenn er nicht den Namen eines Politikers angeben konnte, der angeblich den Todesurteil abgeben sollte. Trotz dieser Tatsachen wurde in der Verhandlung ausdrücklich erklärt, daß Bartl zwar nicht der Täter sei, aber doch so beschuldigt werden mußte, als ob er geschossen hätte.

Die Verurteilung der „Tötung“ und Rechtsbrechung ergibt die unerschütterlichen Argumente für die Zukunft. Sie öffnet der Willkür der und der. Wenn der Täter in irgend einer Angelegenheit nicht zu erkennen ist, so bricht jedem, der nur in irgend einer Form mit dem Verurteilten in Verbindung gebracht werden kann, daß er verurteilt wird.

Wichtige Sportsabende! An auch ergeht der Ruf: Kettet den Arbeiterpartei. Entsetzt den Klassenprolet gegen das Schwurgericht. Es geht um das Leben eines antifaschistischen Arbeiters. Es geht auch um die Entschärfung der verhängten Klassennebenbestrafung. Entschärfung des Klassenprolet.

Au das Justizministerium Dresden

Die Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit hat als Ausdruck ihrer Solidarität mit den antifaschistischen Kämpfern und als Ausdruck ihres Protests gegen das Schwurgericht des Chemnitzer Schwurgerichts folgendes Telegramm gesandt:

„Am Namen von 300 000 Arbeiterpartei fordern wir die Aufhebung des Todesurteils gegen Ferdinand Bartl und seine sofortige Freilassung.“

Rechtsleitung der AG. für rote Sporteinheit.“

Bernsgrüner Arbeiterkinder streiken weiter

Seit dem 22. Oktober stehen die Bernsgrüner Arbeiterkinder in dem Streik. In diesem Tage sollten die Arbeiterkinder mit Gewalt dazu gezwungen werden, zu dem Turnunterricht der Schule die Sportplätze des Deutschen Turnvereins zu benutzen, statt wie bisher, die einwandfreie Sportstätte der roten Sportler. Es wurde feinerzeit sogar ein starkes Polizeikommando eingesetzt, welches gegen die Einschnürerschaft vorging. Mittlerweile haben auch die Eltern der im Streit befindlichen Kinder Strafverfügungen in Höhe von je 6 RM zuzüglich 150 RM. Kosten für jedes Schulkind erhalten. Trotz alledem wird jedoch der Streik unvermindert fortgeführt. Die Front steht unerschütterlich und werden die Arbeiterkinder nicht eher den Schul-

unterricht wieder besuchen, ehe nicht die Verfügung zur Benutzung der Sportplätze der Deutschen Turnerschaft rückgängig gemacht worden ist.

Bundesbürokratie zerstückt Einheit

Die Vorabteilung Chemnitz in Plauen-Bernsdorf wurde aus dem Arbeiterpartei-Bund ausgeschlossen, weil sie dem Zentralverein Plauen beigetreten ist, um die Einheit aller sporttreibenden Arbeiter in Plauen herzustellen. Dieser Ausschluß wird dazu beitragen, daß die Mitgliedschaft in den Händen immer klarer die Spalterrolle ihrer sozialdemokratischen Führer erkennen.

Wichtige Einheitskonferenz in Leuchtern

In allen Bezirken und Landesgebieten rufen die werktätigen Sportler zu Einheitskonferenzen, um die Massenbasis der revolutionären Sportbewegung zu verbreitern. So fand in Leuchtern eine Einheitskonferenz statt, bei der insgesamt 50 Vereine vertreten waren, unter ihnen auch die Vertreter von sechs Bundesvereinen. Auch ein Arbeiter-Jugend-Verein, der keiner Organisation angehört, wurde erfaßt. Nach dem sportpolitischen Referat eines Vertreters der Landesleitung nahmen die Vertreter der Bundesvereine das Wort und bekundeten ihren Willen, allen Schifaren zum Trotz, mit den ausgeschlossenen Sportgenossen den Sportbetrieb aufrecht zu erhalten und ihnen die Plätze zur Verfügung zu stellen.

In allen Bezirken muß die Frage der Einheitskonferenzen energisch in Angriff genommen werden. Überall müssen Verbindungen mit den bürgerlichen und reformistischen Vereinen ausgebaut werden, mit dem Ziel einer restlosen Erfassung bei den Einheitskonferenzen.

Zur roten Sportfront

Im Württembergischen stießen in der letzten Woche drei Vereine zur roten Sporteinheit und zwar die Sportler von Bessen, die Fußballer in Callach und in Hochendorf haben ausgeschlossene die Gründung eines Fußballvereins vorgenommen.

Er ist da!

Der neue Sportkalender 1933. Bestellungen sind zu richten: Arbeiter-Sportverlag, Berlin C. 25, Münzstraße 24. Einzelpreis 60 Pf., Vereinsbezug (von 10 Stück an) 50 Pf. pro Stück.

Streikführer der KGD. haben das Wort

Diskussion zum Referat des Genossen Schulte auf der Plenartagung des Reichskomitees der KGD.

Die Diskussion zu dem großangelegten Referat des Genossen Schulte auf der Plenartagung des Reichskomitees bestritten in der Hauptsache Vertreter der Großbetriebe. An Hand der eigenen praktischen Erfahrungen wurden die Lehren der Streikämpfe in stark selbstkritischer Weise von den einzelnen Vertretern der Betriebe herausgearbeitet. Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Vorbereitung der kommenden großen Kämpfe und in diesem Zusammenhang die brennende Frage der sofortigen Verstärkung der innergewerkschaftlichen Arbeit auf der Grundlage der Betriebe. Zweitens die Rolle und die Bedeutung der Teilstreiks in der gegenwärtigen Situation. Und drittens die organisatorische Auswertung der Streikwelle, um die KGD. wirklich zur Massenkampforganisation des deutschen Proletariats zu machen. Jeder einzelne Redner war von einem ungeheuren Kraftgefühl getragen, was die Gewähr dafür gibt, daß von dieser wichtigen Tagung eine Wendung zur rascheren und kühneren Durchführung der Beschlüsse ausgeht, um die Widerstandsbewegung der deutschen Arbeiterklasse auf eine höhere Stufe zu heben.

Drei leuchtende Streikbeispiele

Berliner Verkehrsgesellschaft — Weierschiffer — Textilbetrieb Hammerfen, Gladbach-Rhendt

Als erster Diskussionsredner nahm ein Vertreter der B.V.G. das Wort. Immer wieder von Beifall unterbrochen, schilderte er den heroischen Kampf der Berliner Verkehrsarbeiter.

„Ich will anknüpfen an die Worte des Genossen Schulte über die Methoden des Schematismus. Auch bei uns war diese Methode vorhanden. Wir wollten immer den Reformisten ein Stück voraus sein bei der Aufstellung unserer Forderungen. Wenn sie sechs Pfennig forderten, mußten es bei uns mindestens zehn Pfennig sein. Wir haben unseren Genossen aber begrifflich gemacht, daß wir uns auf eine Forderung, nämlich „keinen Pfennig Lohnabbau“, konzentrieren müssen.“

Durch die richtige Aufstellung dieser Forderung gelang es uns, die kämpfende Einheitsfront herzustellen. Wir haben auch eine gute Frauenarbeit geleistet, haben sie individuell bearbeitet und mit ihnen diskutiert. Die Frage der Beeinflussung der Frauen spielt eine besondere Rolle. Die Kollegen haben erklärt, daß sie von ihren Frauen selbst angetrieben wurden, zu den Sitzungen zu gehen.“ Nachdem der Redner die positiven Seiten beleuchtet hatte,

Auf der Tagung sprach

im Verlauf der Diskussion, von brausenden Rot-Front-Rufen empfangen, ein Vertreter der R.G.I. Ueber seine Rede werden wir gesondert berichten.

ging er zu den Mängeln und Schwächen über, die besonders auf innergewerkschaftlichem Gebiet lagen.

„Es will nur ein Beispiel anführen, wie die Gewerkschaftsführer es verstanden haben, auf den einzelnen Dienststellen die Kollegen zu beeinflussen. Auf dem Bahnhof Uferstraße haben sie ihr Volkswort. Dort haben 858 abgestimmt, und zwar 149 für Streik und 509 gegen Streik. Am Bahnhof Kollndorfsplatz, wo wir starken Einfluß haben, stimmten 978 Kollegen für den Streik und 90 gegen den Streik. Hier zeigt sich ganz klar, wie die Gewerkschaftsbürokratie versucht hat, den Streik zu verhindern. Am dritten Tag hat die Gewerkschaftsbürokratie eine Funktionärskonferenz gemacht. Dort haben sie erklärt: „das Laufen beginnt bereits. Wir empfehlen den Kollegen, sich auf den Dienststellen zu melden.“ Auch auf dieser Konferenz zeigte es sich, daß wir es nicht verstanden haben, den gewerkschaftlichen Funktionärkörper zu beeinflussen, so daß die Bürokratie gegen drei oppositionelle Kollegen, die dort anwesend waren, eine Bogromstimmung entfachen konnte.“

Die KGD.-Arbeiter kämpften zum größten Teil mit uns, aber ihre Führung organisierte den Streikbruch.“ Zum Schluß wies der Redner darauf hin, daß sich die revolutionären Organisationen mit allen Kräften für die Gemäßigten einsetzen und die innergewerkschaftliche Arbeit entschieden verstärkt wird. „Ich glaube, wenn wir so weiterarbeiten, so werden wir die Vorbereitungen für einen neuen Kampf in der B.V.G. schaffen“ (Beifall).

Offensiv-Kampf der Weier-Schiffer

Im Verlauf der Diskussion sprach ein Vertreter der Binnen-Schiffer aus Bremen, der den Streikämpfe in der Weierschiffahrt schilderte. Der Streik wurde durch gründliche Vorbereitung ausgelöst. Die Redner mußten die rüchständigen Löhne und auch die Streiktage unter der Wucht des von der KGD. geführten Kampfes bezahlen. Die Arbeit wurde nicht eher wieder aufgenommen, bis die Polizei zurückgezogen war. Der Streik wurde in seinem Verlauf von einem Abwehrkampf in einen Offensivkampf umgewandelt.

„Wir hämmerten den Binnen-Schiffern ein, daß wir bei jedem Lohnabbau, den der Unternehmer durchzuführen will, zum Streik aufrufen werden. Das hat bei den Binnen-Schiffern großen Anhang gefunden und unsere Versammlungen waren gut besucht. Der Gesamtverband hat sich nicht getraut, an der Weier weitere Versammlungen abzuhalten.“ Der Redner berichtete dann, wie die KGD. und der Einheitsverband die Initiative ergriffen hat, die Streikmobilisierung steigerten und dann den Unternehmern ein Ultimatum gestellt wurde, das diese ablehnten. Daraufhin begann der Streik erst in Bremen restlos.

„Es kam so, daß die Wasserbauarbeiter und die Hafnarbeiter sich weigerten, ein Schiff anzufassen. Die Belegschaften der Lloyd-Kähne — bei Lloyd hatte kein Lohnabbau stattgefunden — erklärten sich solidarisch und weigerten sich, die Kohlenlädne von Bremen nach Bremerhaven zu schleppen. Das brachte mit sich, daß der große Dampfer „Columbus“ nicht bunkern konnte und deshalb am Ausfahren verhindert wurde. Wir bildeten Streikkomitees, die auf breiter Einheitsfrontbasis zustande kamen, in die auch Mitglieder des Gesamtverbandes hineingenommen wurden.“

Der KGD.-Dampfer

„Einige Dampfer von Privatgesellschaften sind gefahren. Als die Dampfer nach Bremen kamen, fuhr ihnen ein Dampfer entgegen, dessen Schornstein mit roter Mennige angestrichen war. Die Streikenden erklärten den fahrenden Schiffen, daß es um ein Dampfer der KGD. geht. Das hat bei den fahrenden Schiffen solche Stimmung ausgelöst, daß sie sofort wieder aufhören zu fahren.“

Auch in Nienburg wurde Polizei eingesetzt. Bei Beendigung des Streiks forderten die Schiffer, daß die Polizei sofort zurückgezogen

werde. Sie haben erreicht, daß die Polizei sofort zurückgezogen werden mußte, und als die Anker gelichtet wurde und die Schiffe ausfuhren, da lungen die ganzen Besatzungen spontan die Internationale.“

So streikte Hammerfen, Gladbach-Rhendt

Das Wort erhält der Vertreter des Textilbetriebes Hammerfen, Gladbach-Rhendt. Der siegreiche Streik bei Hammerfen ist ein Beispiel guter innergewerkschaftlicher Arbeit. Die Belegschaft, die zu 60 Prozent aus Arbeiterinnen besteht und unter Einfluß der christlichen Gewerkschaftsführer stand, stellte sich während des Streiks restlos unter die Führung der KGD. Trotzdem der Streik buchstäblich von den Nachmitteln des Staates niedergeschlagen wurde, ist das Ergebnis des Kampfes eine Betriebsgruppe der KGD. von 250 Mann bei einer Belegschaft von 500.

30 organisierte Textilarbeiter, die im christlichen Verband sind, wurden in die KGD. aufgenommen und sind die organisierte Opposition innerhalb des christlichen Verbandes.

„Es war unsere Hauptaufgabe, die Streikführung voll und

Angestellte und Eisenbahner in Front

Für die Angestellten des Warenhauses T. Lehmann in Köln sprach anschließend ein Kollege. Er ging ausführlich auf den Kampf der Angestellten bei T. Lehmann ein, wo die Angestellten seit vielen Jahren wieder zum ersten Male in Deutschland mit der Waffe des Streiks aufgetreten sind. „Trotzdem der Streik keinen vollen Erfolg hatte, signalisiert er die wachsende Kampfbereitschaft der Angestellten.“

Dann ergriff das Wort ein Vertreter der Thüringer Eisenbahner. Er warnte eindringlich vor einer Unterschätzung der Arbeit unter den Eisenbahnern. Die Eisenbahn ist von größter Bedeutung. Hier muß die KGD. noch viel nachholen, was bisher verjäumt wurde.“

Der nächste Diskussionsredner befaßte sich eingehend mit den

ganz an uns zu bringen und wir haben in dieser Richtung einen vollen Sieg davon getragen. Wir stellten in einer Belegschaftsverammlung sofort den Antrag: Wahl einer Streikleitung. Und sie wurde gewählt, denn die Arbeiter hatten bereits erkannt, daß sie, wenn sie diesen Kampf führen wollten, ihr Vertrauen nur der KGD. schenken können. In der Streikleitung waren dann auch zu zwei Drittel KGD.-Kollegen vertreten. Diese waren nicht nur von unseren Kollegen vorgeschlagen worden, sondern speziell von den christlichen Kollegen.

Am ersten Streiktag wurde bei uns bereits gelocht und wir haben in der Zeit des Streiks, vier Wochen, 20.000 Liter Essen gelocht und 2500 Mark Unterstützung ausgezahlt. Die Z.H.S. schickte sofort für den Streik ein.

Der Streik hat die innergewerkschaftliche Arbeit im christlichen Verband stark vorwärts getrieben und die KGD. hat ungeheuren Einfluß erlangt.“ (Beifall.)

Hamburger Verkehrsarbeiter waren vertreten

Anschließend sprach ein Vertreter der Hamburger Verkehrsarbeiter, der die Lehren des Kampfes zog und den Verrat der Gewerkschaftsführer anprangerte. Er wies besonders darauf hin, daß die Lehren des Berliner Verkehrsstreiks für die Hamburger Verkehrsarbeiter gewaltigen Nutzen hätten. „Der Verrat in Hamburg war nur möglich durch unsere große Schwäche im reformatistischen Gesamtverband.“

Dann ergriff das Wort ein D.M.B.-Kollege aus dem Betrieb Werner-Markensfeld, der schon über 20 Jahre im D.M.B. organisiert ist. Er brachte seine Genugtuung darüber zum Ausdruck, daß auch bei dem Streik in seinem Betrieb, der erfolgreich abgeschlossen wurde, die KGD. als wirklich einende Kraft in Erscheinung getreten ist.

Ein Vertreter der sächsischen Textilarbeiter, der 13 Jahre Mitglied des Textilarbeiterverbandes war und wegen seines Eintretens während eines Streikes in seinem Betrieb für die Kollegenschaft aus dem Verband ausgeschlossen wurde, wies an Hand von Beispielen den Verrat der Gewerkschaftsführer nach und warnte vor freiwilligem Austritt aus der Gewerkschaft.

Lehren des Streiks bei der Steingulstirma in Torgau. Bei diesem Streik wurden von der KGD. auf allen Gebieten Fehler gemacht. „Es heißt jetzt, aus diesen Fehlern zu lernen, damit wir wieder vorwärts kommen“, erklärte er zuversichtlich.

Genosse N. von der Industrie-Gruppe Land und Forst ging auf die Lage der Land- und Forstarbeiter ein und forderte zur entschiedenen Verstärkung der Arbeit unter diesen Schichten auf. Besonders hob er hervor, daß die Verbreitung der KGD.-Presse noch sehr ungenügend ist und auf diesem Gebiete von den Bezirken alle Hebel in Bewegung gesetzt werden müssen, um eine bessere Verbreitung der KGD.-Zeitungen sicher zu stellen.

Genosse W. sprach über die Arbeit in Chemie-Betrieben, die gerade im Hinblick auf die Kriegsvorbereitungen wichtiger denn je ist.

Die Bedeutung der Teilstreiks

Der Genosse N. vom Einheitsverband der Bergarbeiter befaßte sich in seinen Ausführungen hauptsächlich mit der innergewerkschaftlichen Arbeit und dem Problem der Teilstreiks. „Im Bergbau, aber auch in anderen Industrien, steht jetzt vor allen Dingen das Problem der Teilstreiks, des einzelnen betrieblichen Kampfes. In der Vergangenheit haben wir Kämpfe organisiert, immer mit dem Blick auf die gewaltige große Front, mit dem Blick auf 150 Schachtanlagen. Und wir haben auch in unserer ganzen Arbeit eine solche Ideologie geschaffen, es kann nur an der gesamten Front gekämpft werden. Wir finden diese Meinung trotz unseres Kampfes dagegen noch heute in unserer Organisation vor. Das ist für uns das Hauptproblem, die Bedeutung der Teilstreiks klar zu machen und auf die Notwendigkeit der Teilstreiks hinzuwirken. Es darf den Unternehmern nicht gelingen, noch einmal die Front an einzelnen Stellen zu durchbrechen.“

Der Vertreter der Reichsdruckerei schilderte den Kampf der

KGD. in den Graphischen Betrieben. „Wir haben in der graphischen Industrie Streiks gehabt und diese sind nicht verbreitert worden, in der Hauptsache deshalb nicht, weil in den einzelnen Betrieben und in den Verbänden der graphischen Industrie nicht genügend innergewerkschaftliche Arbeit durchgeführt worden ist.“

★

Im weiteren Verlauf der Diskussion, die auf einem sehr hohen Niveau stand, nahmen eine Reihe Genossen des engeren Reichskomitees das Wort. Im Vordergrund standen die Fragen der Erwerbslosenarbeit, die Arbeit unter der werklätigen Jugend, unter den Betriebsräten und den Frauen. Einen breiten Raum nahm auch die Diskussion über die Gefahren des praktischen Opportunismus ein, die schon im Referat des Genossen Schulte gestellt war und über die besonders Genosse Chwalcz sprach.

Genosse Ulbricht als Vertreter des ZK. der KPD.

Schlußwort des Genossen Schulte

In einem kurzen padenden Schlußwort faßte Genosse Schulte die Ergebnisse der reichhaltigen Diskussion zusammen. Noch einmal stellte er fest, daß die Plenartagung einmütig den politischen und tatsächlichen Aufgaben, wie sie im Referat gestellt wurden, zustimmt. Unter der gespanntesten Aufmerksamkeit der gesamten Tagung erklärte Genosse Schulte:

„Genossen, zum Schluß kann ich feststellen, daß das Reichskomitee in zweitägiger Tagung in selbstkritischer Weise die Lehren aus den verflohenen Kämpfen gezogen hat, daß aus der Diskussion ein wertvolles Tafsachenmaterial über die Erfahrungen zutage gefördert ist und daß alle Voraussetzungen getroffen wurden, daß wir nach Abschluß der Tagung mit neuer Kraft, mit neuen Erfahrungen und neuem Elan unten an die Arbeit gehen können.“

„Gehen wir so an die Arbeit, so werden wir auf der nächsten Tagung des Reichskomitees sagen können: die heutige Tagung hat eine entscheidende Wendung gebracht in der Frage des Kampfes auf die Betriebe und der innergewerkschaftlichen Arbeit. Sie hat nicht nur dazu beigetragen, die Massen zu mobilisieren gegen weitere Verelendung und Ausbeutung, sondern sie hat auch dazu beigetragen, daß wir unserm Endziel, das wir alle so sehr wünschen, ein gewaltiges Stück näher gekommen sind. Gehen wir in diesem Sinne an die Arbeit und der Sieg wird unser sein.“ (Stürmischer Beifall.)

ergriff dann in der Diskussion das Wort. Unter dem Beifall der Plenartagung überbrachte Genosse Ulbricht die Kampfesgrüße der KPD. Die enge Kampfverbundenheit der KGD. und der KPD. mit ihrem Führer Genossen Ernst Thälmann wurde dadurch erneut demonstriert. Genosse Ulbricht erklärte u. a.:

„Genossen, die Bedeutung dieser Reichskomiteesitzung und der Aussprache über die Kampferfahrungen, die hier stattgefunden hat, muß ihren Ausdruck darin finden, daß von hier aus eine solche Initiative in der selbstständigen Kampfführung, in der Gewinnung der Massen der Gewerkschaftsmitglieder für den Streik unter selbstgewählten Streikleitungen ausgeht, daß in der Tat die KGD. zu der gewerkschaftlichen Massenkampforganisation des deutschen Proletariats wird.“

In Hand von konkretem Material aus den Erfahrungen der Partei bei der Streikbewegung betonte Genosse Ulbricht nochmals die Notwendigkeit der Arbeit in den Gewerkschaften, die Wichtigkeit der Teilstreiks und die unverzügliche Wendung zu noch energischerem Vertreten der kleinsten Tagesinteressen der Arbeiter. Besonders wies er auf die Demagogie der SPD. und ADGB-Führer in der Frage der Einheitsfront hin. „Die SPD. und ADGB-Führer versuchen sich und ihre Mitgliedschaft als einheitliches Ganzes darzustellen. Wir unterscheiden aber sehr genau zwischen den streikbrecherischen Führern und den SPD. und ADGB-Mitgliedern, die mit uns kämpfen wollen. Wir machen sogar große Unterschiede zwischen den unteren und oberen Funktionären in diesen Organisationen, weil wir die unteren Funktionäre in immer stärkerem Maße für den einheitlichen Kampf gewinnen wollen und gewinnen müssen, wenn die Arbeiterklasse siegen will.“ (Beifall.)

Rettet die Opfer des Kuomintang-Terrors!

Wang Tsching Wei, der Führer der Kuomintang, ist am 22. Oktober aus dem Dampfer „André Lebou“ nach Europa abgereist. Sein Weg führt über Marseilles nach Paris und Berlin, wo er offiziell empfangen werden wird.

Wang Tsching Wei trägt die Verantwortung für die verräterische Politik der Kuomintang gegenüber dem japanischen Imperialismus. Er trägt die Verantwortung für den weissen Terror, der in China gegen die werktätigen Massen entsetzt ist; er ist im besonderen verantwortlich für die Verfolgung und grausame Misshandlung der Kueggs und für das Terrorurteil, das über sie verhängt wurde für die Rettung und Freilassung der Kueggs. Er ist die verantwortliche Person für die gewalttätige Kampagne gegen die Kueggs, es ist dieser eindrucksvollen Solidaritätskundgebung gelungen, die Aufnahme des Todesurteils zu erwirken, doch wurde über die heroischen Vorkämpfer der internationalen Solidarität lebenslänglich Zuchthausstrafe verhängt. Die Kampagne geht weiter und wird nicht enden, ehe nicht Paul und Gerard Kuegg in Freiheit sind.

Die Kueggs im Hungerstreik

Schanghai, 3. Dezember. Kurz vor Redaktionsschluss wird aus Schanghai gemeldet, daß die Wärter der paupassischen Gewerkschaftsbewegung, des Chepaar Kuegg, in den Hungerstreik gegen die unmenschliche Behandlung getreten sind. Das internationale Verteidigungskomitee ruft die Arbeiter aller Länder zur Solidarität auf.

Sachsischer Staatsterror wütet in der Schweiz

Helft den Schweizer Klassengenossen!

Basel, 3. Dezember. Die Schweizer Bourgeoisie entfesselt einen wilden sächsischen Terror gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung in der Schweiz. Der Bundesrat hat am Freitag beschlossen, alle Kommunisten, die im Staatsdienst beschäftigt sind, sofort zu entlassen. Unter diese Bestimmung fallen auch sämtliche Kommunalarbeiter. Mit solchen Methoden glaubt die blutbedeckte herrschende Klasse in der Schweiz, den weiteren revolutionären Ausschüßung in diesem Lande verhindern zu können. Sie werden sich täuschen.

Der Bundesrat hat ferner beschlossen, die Haftentlassung des Sozialdemokraten Nicole, der als Abgeordneter an der Dezembertagung der Bundesversammlung teilnehmen will, abzulehnen, obwohl Nicole immun ist. Ferner wurden eine Reihe von Arbeitern, die in der Schweiz beschäftigt sind, wegen „kommunistischer Umtriebe“ aus dem Gebiet der Eidgenossenschaft ausgewiesen. Die deutsche Arbeiterklasse muß unverzüglich ihren Schweizer Brüdern gegen den unerhörten sächsischen Terror zu Hilfe eilen. Unsere Schweizer Bruderpartei, die sich kühn an die Spitze der Arbeiterkämpfe in der Schweiz gestellt hat, die die verräterische Rolle der Sozialdemokratie und auch die „linken“ Manöver der Nicole und Co. entlarvt, appelliert an das deutsche Proletariat, im Geiste des proletarischen Internationalismus seinen Schweizer Brüdern volle proletarische Solidarität zuteil werden zu lassen.

Mandschurische Regierungstruppen meutern

Standrechtliche Massenermordungen

Muldun, 3. Dezember. Die Aufstandsbewegung gegen den „Mandschurischen Staat“ nimmt immer breitere Formen an. Die Unzufriedenheit dringt selbst unter die erst vor kurzem neugeworbenen Soldaten der „mandschurischen“ Armee ein, die zu den Aufständischen überlaufen.

Wie die Agentur Schunf meldet, wurden allein in Fanchang-tun, südwestlich von Mulden, vor kurzem 290 neugeworbene Soldaten und 25 Polizisten unter der Beschuldigung, mit den Aufständischen in Verbindung gestanden zu haben, standrechtlich erschossen.

A. Schapowalow:

ILLEGAL

Ein alter Bolschewik erzählt aus seinem Leben

54. Fortsetzung.

Die Matrosen des „Zwölf Apostel“ fügten sich nicht nur dem Befehl lebenslang zu bleiben, sondern wiesen auch ganze Teile der Kommandos und Wägenwerter ins Meer, um ihren Panzerkreuzer selbstständig zu machen. Unter dem Eindruck dieser Geschehnisse flicht das vereinigte Geschwader der zaristischen Admirale schmähvoll vor „Patomkin“. Als Sieger kehrt er nach Odessa zurück. Er hat nun ein ganzes Geschwader: zwei Panzerkreuzer und ein Transportschiff „Wjacha“.

Ferachit vom Sieg, träumt die Besatzung des „Patomkin“ schon von der Befreiung ganz Südrusslands und von der Gründung einer „Südrussischen Republik“. Gleichzeitig begeht sie aber einen großen, folgenschweren Fehler. Sie verhaftet nicht, wie es auf dem „Patomkin“ der Fall war, die Deckoffiziere, die fünfzig Rubel Monatsgehalt bekommen, die den Matrosen gegenüber eine Machtposition einnehmen, der Obrigkeit ergeben waren und ihr in die Hände spielten, weshalb sie von den Matrosen „Hautschinder“ genannt wurden. Einen noch größeren Fehler begeht sie, indem sie den Bootsmann Kusjmenko, der augenscheinlich schon am ersten Tag befehloß, die Revolution zu verraten, zum Kommandanten des „Georgij“ ernannte. Auch der Verräter Dr. Galsenlo, der das Vertrauen der Matrosen ausnützt und auf dem Panzerkreuzer „Georgij“ den Verrat vorbereitet, ruht nicht. Gleichzeitig beginnt General Kochanow, vom Berg beobachtend, wie das vereinigte Geschwader schmähvoll vor dem „Patomkin“ flieht, den Eghowachow-Berg zu besetzen, um mit Hilfe schwerer Geschütze den Kampf mit den revolutionären Panzerkreuzern aufzunehmen.

Auf dem „Patomkin“ hatten die Deckoffiziere, die gleichzeitig mit den Offizieren verhaftet worden waren, unter Tränen die Besatzung um Verzeihung gebeten und ihr feierlichst versprochen, ihr Schicksal mit ihr zu teilen.

Die Matrosen des „Georgij“, wie auch des „Patomkin“ hofften, daß das ganze Schwarze-Meer-Geschwader sich ihnen anschließen werde. „Wir dürfen nicht auf das Ufer schauen“, sagte der Führer des Aufstandes Matjuschenko, als die Hoffnung auf einen Aufstand in Odessa nicht in Erfüllung ging, „wir müssen auf das Meer blicken.“

„Odesa hat sich nicht erhoben. Die Hoffnungen auf den Anbruch des ganzen Geschwaders haben sich nicht bewahrheitet. Die Verbindung mit dem Ufer ist unterbrochen. Dort drängen sich nicht mehr so, wie am Tag nach der Ankunft des „Patomkins“, dicke Massen von Arbeitern, die den Panzerkreuzer begrüßen wollen. Die Meuternden haben keine Basis, keine Kohle, kein Trinkwasser. Was soll geschehen?“ Das war wohl der Gedankengang vieler Matrosen.

Am Ufer stellte man aber weittragende Geschütze gegen die Panzerkreuzer auf.

Der Verrat des Bootsmannes Kusjmenko

Da die meuternden Schiffe keinen bestimmten Aktionsplan hatten und die „Bereinigte Kommission“ ihnen auch keinen solchen gab, verlor der fortschrittliche Teil der Besatzung des „Patomkin“ wie auch des „Georgijs“, die Zeit in Untätigkeit. Das war um so unrichtiger und vernichtender, als die Hoffnungen auf den Anbruch des ganzen Geschwaders zunichte wurden. Augenscheinlich hätte man ebensowenig, wie am 14. bis 15. Juni bei der Ankunft des „Patomkin“ nach Odessa, auch beim Anbruch des „Georgijs“ an den „Patomkin“ keine Sekunde Zeit verlieren und die Besatzung in Untätigkeit belassen dürfen. In demselben Maße, in dem die Matrosen des „Patomkin“ am Abend des 16. Juni vor Begeisterung entflammten waren, als sie sieherhaft zum Kampf mit dem nahenden Geschwader rüsteten und nach alter russischer Bauernsitte sich zum Tod vorbereiteten und saubere Wäsche und helle Uniformen anzogen, verfielen sie, der Untätigkeit überlassen, ohne Ausblick für die Zukunft, der Gleichgültigkeit, Ernüchterung, Enttäuschung und Mißstimmung.

Die Unentschlossenheit, der Zeitverlust, die die „Bereinigte Kommission“ sich schulden kommen ließen, wirkte sich schon in den ersten zwei Tagen nicht nur auf dem „Patomkin“, sondern auch auf „Georgij“ aus.

Die revolutionäre Entschlossenheit, den Kampf bis zu Ende durchzuführen, kam daher bei den Matrosen des „Georgij“ ins

Antifowjet-Kriegslügen am Pranger

Arbeiterdelegierte geben vernichtende Antwort auf Lügenkampagne der englischen Bourgeoisie

Moskau, 3. Dezember. Die britische Zeitung „Morning Post“ die in bezug auf die Verbreitung sowjetfeindlicher Lügen auf eine langjährige Tätigkeit zurückblickt, veröffentlichte am 22. November mit einer sensationellen Ueberschrift ihre fällige „Information aus der Sowjetunion“, die von anderen gelben Zeitungen gierig aufgegriffen wurde. Diesmal tischte die „Morning Post“ ihre Lügen in Form eines „Berichts unseres Sonderkorrespondenten aus Helsingfors“ auf. Im Bericht dieses „Korrespondenten“ ist die Rede von „ernstlichen Unruhen in Magnitogorsk“, von einem „Ueberfall der Arbeitermenge auf die Häuser der ausländischen Spezialisten“, von einer „Demolierung der Genossenschaftshäuser“, von einem „Truppenaufgebot, das auf die Demonstranten schloß“, von „zahlreichen Toten und Verwundeten“ und so weiter.

Vor lauter Eifer bei der Fabrizierung sowjetfeindlicher Verleumdungen überließ die „Morning Post“ eine „Kleinigkeit“: Gerade in den Tagen, die dem „Bericht aus Helsingfors“ vorausgingen, bielten sich in Magnitogorsk zahlreiche Teilnehmer von Arbeiterdelegationen verschiedener kapitalistischer Länder auf, die nach der Sowjetunion zur Feier des 15. Jahrestags der Oktoberrevolution gekommen waren.

Eine Gruppe von Delegierten, die soeben aus dem Ural zurückgekehrt ist, brachte die Tage vom 17. bis 21. November in Magnitogorsk zu. Diese Gruppe bestand aus Arbeiterdelegierten aus Deutschland, Oesterreich, der Schweiz, Griechenland und Amerika in ihrer übergroßen Mehrzahl Sozialdemokraten und Parteiloze. Die Delegierten, die von der fälligen Lüge

der „Morning Post“ Kenntnis erhielten, drückten ihre tiefste Entrüstung aus und beschloßen einstimmig eine Protestresolution, in der es u. a. heißt:

„Die gesamte ausländische Arbeiterdelegation protestiert mit stammender Entrüstung gegen eine solche Schwindelnachricht, die selbst in dem mit Lügennachrichten gesegneten bürgerlichen Blätterwald ein Unikum darstellt. Wir Delegierte sind in Magnitogorsk in den Häusern der ausländischen Spezialisten und Arbeiter ein- und ausgegangen. Wir sahen auch die Kooperationsbläden. Wir sprachen mit Hunderten von Arbeitern und Einwohnern von Magnitogorsk öffentlich und privatim. Nicht der kleinste Umstand und nicht das geringste Anzeichen deuteten auf die Ereignisse hin, die die „Morning Post“ ihren gläubigen Lesern vorlegt. Ebenso gut könnte die „Morning Post“ ihren Lesern von Palmwäldern im Ural, in Sibirien und in Magnitogorsk erzählen.“

Die ausländische Arbeiterdelegation ist jedoch der „Morning Post“ dankbar. Sie hatte nicht nur Gelegenheit, den gewaltigen und mit einmütiger Entschlossenheit durchgeführten sozialistischen Aufbau in Magnitogorsk selbstzusehen, sondern bekam durch die Veröffentlichung der „Morning Post“ zugleich auch ein höchst handgreifliches Beispiel für die infame Art, wie sich die bürgerliche Presse die tollsten Lügen gegen die Sowjetunion aus ihren schmutzigen Werten saugt.“

Als erster unterschrieb die Protestresolution der Schlosser Franz Marielle, ein österreichischer Arbeiterdelegierter und Sozialdemokrat.

Nazis rufen interalliierte Truppen nach Danzig

Ein Nazi-Antrag an den Völkerbund — Das Manifest des Danziger Bezirksparteitages der KPD zeigt den Weg zur sozialen und nationalen Befreiung der Werktätigen Danzigs

Danzig, 3. Dezember. Während sich über Danzig immer drohender die Wolken eines neuen imperialistischen Krieges zusammenballen und die Bourgeoisie auf beiden Seiten der Grenze eine unerhörte chauvinistische Kriegsbegehrte treibt, zeigt sich immer klarer, daß die Kapitalisten und ihre Nazilataien bereit sind, das werktätige Danzig immer mehr dem internationalen Finanzkapital anzuliefern. So hat die nationalsozialistische Fraktion im Danziger Volkstag folgenden Antrag eingebracht:

„Gemäß Artikel 102 des Versailler Vertrages steht die Stadt Danzig unter dem Schutze des Völkerbundes. Durch Beschluß des Völkerbundes vom 22. Juni 1921 ist bestimmt, daß Polen besonders zur Verteidigung Danzigs zu Lande geeignet sei und der hohe Kommissar die Befugnis habe, unmittelbar die polnische Regierung zur Sicherstellung der Verteidigung Danzigs aufzufordern, falls das Gebiet der freien Stadt Danzig Gegenstand eines Angriffes oder einer Angriffsdrohung seitens eines angrenzenden Landes außer Polen sei.“

Wir beantragen, der Volkstag wolle beschließen: Der Senat wird ersucht, beim Völkerbundsrat zu beantragen, den vorstehenden Beschluß dahin zu ergänzen, daß die gleiche Vorsorge auch getroffen wird für den Fall, daß ein Angriff oder eine Angriffsdrohung seitens eines Landes erfolgt, das nicht Deutschland ist.“

Was bedeutet dieses Dokument? Die Nazis wenden sich an den Völkerbund — an denselben Völkerbund, der das Instrument der großen imperialistischen Räuber zur Sicherung des Versailler Raubsystems ist — mit dem Ersuchen, Truppen nach Danzig zu senden, wenn eine Angriffsdrohung gegen Danzig vorliegt. Welch eine glänzende Gelegenheit für die Imperialisten, Danzig zum be-

legtesten Gebiet der interalliierten Truppen zu machen. Der Genfer Räuberbund brauchte nur eine „Angriffsdrohung“ von seiten der Sowjetunion zu konstruieren und schon werden nach dem Willen der Nazis die Danziger Werktätigen den Militärstiefel der imperialistischen Truppen Frankreichs, Polens und Englands zu spüren bekommen.

So wollen diese faschistischen Kriegstreiber das Danziger Volk an die Militärherrschaft des internationalen Finanzkapitals ausliefern, so spielen sich die Kriegstreiber des polnischen Imperialismus und die Nazilataien des deutschen Finanzkapitals gegenseitig die Bälle zu.

Während die Nazis sich so unverhüllt als Latälen des internationalen Finanzkapitals zeigen, hat die kommunistische Partei durch das Freiheitsmanifest des Danziger Bezirksparteitages den Werktätigen Danzigs klar den Weg aufgezeigt, wie sie den Kampf gegen die Kriegsbedrohung und gegen die soziale und nationale Knechtung siegreich im Bunde mit den polnischen und deutschen Arbeitern führen können. In brüderlicher Kampfesfront der deutschen und polnischen Arbeiter wird auch das Danziger werktätige Volk seine soziale und nationale Freiheit erringen.

Sozialdemokraten wieder für Herriot-Regierung

Paris, 3. Dezember. In der letzten Kammer Sitzung kam es bei der Debatte über die Kriegsschuldenfrage zur Abstimmung über ein Vertrauensvotum. Die Abstimmung ergab 426 gegen 166 Stimmen für die Regierung. Wiederum haben die Sozialdemokraten für die Kriegs- und Hungerregierung Herriot gestimmt.

Wanken. Dr. Galsenlo setzte seine verräterische Tätigkeit fort. Auch die anderen Verräter lagen nicht auf der faulen Haut. Der Bootsmann Kusjmenko nützte die Lage aus, die dadurch entstand, daß „Patomkin“ zwischen sich und „Georgij“ den Kohlschlepper „Beter Keger“ postiert hatte. Trotz der Drohung des „Patomkin“: „Wir werden schießen!“ setzte Kusjmenko die Maschinen in Gang, steuerte dem Odesaer Hafen zu, steuerte mit Absicht auf eine Sandbank zu, um auf diese Weise sich der Regierung ergeben zu können.

Der unerwartete Verrat des „Georgij“ erschütterte furchtbar die ganze Besatzung des „Patomkin“ und tötete, wie eine furchtbare Krankheit, ihren Willen, den Aufstand fortzuführen.

In der Nähe Odessas zu bleiben, das die Hoffnungen der Meuternden so tief enttäuscht hatte, wo die Sozialdemokraten in so verbrecherischer Weise zögerten, wo der Feind, gegen den sie kämpften, durch den Verrat „Georgijs“ so gestärkt worden war, hatte jeden Sinn verloren.

Auf die Frage, was zu tun ist, konnten die Menschewiken, die sich am Deck des „Patomkin“ befanden, keine Antwort geben. Der Bolschewik Timosej, der für das sofortige Bombardement der Stadt war, wurde aus irgendetwem Mißverständnis nicht an Deck gelassen. Die Führer des Aufstandes sahen keine Perspektiven für die Zukunft vor sich und hatten keinerlei Hoffnung mehr auf einen günstigen Ausgang des Aufstandes.

Vor ihnen stand die Frage: Was ist jetzt zu tun?

„Nach Rumänien!“ lautete die Losung der Deckoffiziere und des Fähnrichs Ujeffesjew. Die ganze Besatzung, ermüdet durch die Lage des Kampfes, nur von Zwiebad sich nährend, verfiel einer furchtbaren Depression. Besonders erschöpft waren die Maschinisten, die Tag und Nacht, bei unerträglicher Hitze in der Maschinenabteilung arbeiteten.

Die Mißstimmung der Besatzung des „Patomkin“ war so stark, daß sogar der Führer des Aufstandes selbst, der Matrose Matjuschenko ihr unterlag. Er widerlegte sich nicht weiter dem Fähnrich Ujeffesjew und den Deckoffizieren, die den ganzen Mechanismus des Panzerkreuzers in der Hand hatten und willigte vorläufig auf den Vorschlag, nach Rumänien zu gehen, ein.

Besonders heftig war die Mißstimmung auf dem Transportschiff „Wjacha“, das unter dem Schutz der finsternen Nacht heimlich den „Patomkin“ verließ.

(Fortsetzung folgt)